

# Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 120 · 10. JAHRGANG · AUSGABE 1/2005 · VOM 7. JANUAR 2005 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | »Nicht Mißwirtschaft  
brachte uns in diese Lage«  
Haushaltsdiskussion in Eberswalde

7-10 | Neujahrsempfang  
der Arbeitslosen  
Eberswalder Montagsdemos

14 | Den ganzen Tag sitzen  
und zeichnen  
Siegfried Kersten zum Hundertsten

## Schrumpfung als Chance

*Stadtentwicklung zwischen globalem Ressourcenverschleiß und regionaler Ressourcenökonomie*

**Berlin/Eberswalde (ekb/bbp).** Vor genau einem Jahre wies die Bürgerpost unter der Überschrift »Von der erodierenden Plattenbaugroßsiedlung zur Solaren Gartenstadt« auf die Chancen hin, die sich aus dem damals begonnenen Abriß im »Brandenburgischen Viertel« ergeben könnten, wenn über den kommunalen und rein betriebswirtschaftlichen Tellerrand geblickt würde. Doch schon bald war klar, daß es für die Umsetzung solcher Ideen in Eberswalde wenig Chancen gibt (BBP 4 und 5/2004). Wir können nicht, wir wollen nicht – so der Tenor der Stadtverwaltung. Anderswo gehen die Aktivitäten indes weiter. Dem Thema »Schrumpfung als Chance« widmete sich im November 2004 ein Symposium der TU Berlin in Zusammenarbeit mit dem Systeminstitut Aqua Terra e.V. ([www.aquaterra.de](http://www.aquaterra.de)), der Projektgruppe Stendal der Deutschen Bundesstiftung Umwelt ([www.naturhausarchitekten.de](http://www.naturhausarchitekten.de)) und der Fördergesellschaft Erneuerbare Energien e.V. ([www.fee-ev.de](http://www.fee-ev.de)).

Der Ressourcenverbrauch von Städten hat im Laufe der Industrialisierung völlig unmaßstäbliche Formen angenommen. Ohne ständige und fast ausschließlich fossil basierte Energiezufuhr brächen gegenwärtig die meisten kommunalen Ver- und Entsorgungsstrukturen binnen kurzem zusammen. Die unabwendbare Ressourcenlimitierung und die sich abzeichnenden sozialen und ökonomischen Umwälzungen zwingen die Gesellschaft daher, über eine zukunftsfähige Versorgung mit Wasser, Nahrung, Energie und Rohstoffen – und damit über die Stadt und ihr Umland völlig neu nachzudenken.

Der politische Umbruch hat im Osten Deutschlands – quasi im Vorgriff – bereits zu dauerhafter Deindustrialisierung und akutem Bevölkerungsverlust geführt. Nicht nur aus Ressourcensicht kann der einsetzende Schrumpfungsprozeß aber auch als Chance für einen grundlegenden Wandel in den überkommenen Denk-, Planungs- und Handlungsmustern angesehen werden. Unabdingbares Ziel wird dabei der

Aufbau einer solar basierten, regenerativen Ressourcenwirtschaft zur regionalen Sicherung der Subsistenzfunktionen werden.

Das derzeitige Theorie- und Praxisdefizit kann im System einer lokalen Kreislaufwirtschaft und in einem »wirkungsgradoptimierten« Umgang mit Landschaft und Stadt behoben werden. Entsprechende Ansätze für die Fallbeispiele »Güssing in der Oststeiermark«, »Plattenbaugebiet Stendal-Süd/Stendal-Stadtsee/Altmark« (vgl. BBP 1/2004) und »Gräfenhainichen - Stadt mit neuer Energie/FERROPOLIS/Dübener Heide« weisen eindeutig auf die Machbarkeit einer zweiten ökonomisch-ökologisch determinierten Wende hin. Eine Einführung in die Thematik finden Sie unter: [www.aquaterra-berlin.de](http://www.aquaterra-berlin.de)



Krachend fällt eine weitere Platte in sich zusammen. 181 Wohnungen wurden Ende 2004 in Havellandstraße und Brandenburger Allee »vom Markt genommen«.

## Lokale Agenda 21: »Unsere Stadt blüht auf«

**Eberswalde (fw/bbp).** Auch nach Aufgabe der bisher praktizierten Arbeit in Arbeitsgruppen blieb der Verein Lokale Agenda 21 Eberswalde e.V. ein aktiver Verein. Große Beteiligung gab es bei der Leitbilddiskussion, in der viele Vereinsmitglieder ihre Visionen für Eberswalde äußerten. Auf dieser Grundlage brachte der Verein einen Vorschlag in den AGENDA-Beirat der Stadt ein. Der Agenda-Verein ruft andere aktive Vereine und Bürgergruppen zur weiteren Bürgerbeteiligung auf, um den Diskussionsprozeß aktiv zu fördern.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Verein seinen Aktivitäten im Brandenburgischen Viertel. Das Projekt »Stadtteilbezogene Bürgeraktivierung« war trotz Startschwierigkeiten mit einem Jugendstammtisch und Selbsthilfeinitiativen erfolgreich. Es entstanden u.a. Partnerschaften zur Selbsthilfegruppe »Kontakt« und zum evangelischen Gemeindezentrum.

Mit Stolz blickt der Agenda-Verein auf die erstmalige Durchführung von Ferienspielen für Kinder sozial benachteiligter Familien zurück. Möglich war dies nur durch die Unterstützung vieler Freiwilliger. Eine weitere Aktivität war die Gründung des Tauschrings Eberswalde-Finow zur ökonomischen und sozialen Selbsthilfe sowie zur Stärkung von Vertrauen und Selbstwertgefühl.

Auf dem Brandenburger Tag 2004 präsentierte sich die Lokale Agenda 21 Eberswalde auf einem Gemeinschaftsstand mit Berliner und Potsdamer Gruppen unter dem Motto: »Agenda 21: lokal – regional – global«. Weitere Aktivitäten gab es mit einer Podiumsdiskussion zur Landtagswahl 2004 mit den regionalen Landtagskandidaten, im Zusammenhang mit dem Wettbewerb zur Neugestaltung des Marktplatzes und bei der Mitgestaltung des Wettbewerbes »Entente florale – unsere Stadt blüht auf«.

**DIE NÄCHSTE MONTAGSDEMO IN EBERSWALDE**

FINDET WIEDER AUF DEM MARKTPLATZ STATT. BEGINN DER KUNDGEBUNG IST 17.30 UHR.

## Verarschung

Zweimal abgelehnt und dennoch gültig?  
 In der Stadt Eberswalde ist so etwas möglich. Einnahmeseitig bildete die Erhöhung der Grundsteuern das Rückgrat des von der Verwaltung vorgeschlagenen Haushaltssicherungskonzeptes, das die Stadt wegen des mit 5 bis 6 Millionen Euro veranschlagten Defizits im Haushalt 2005 vorgelegen muß. Knapp 370.000 Euro Mehreinnahmen pro Jahr sollten durch die geplante Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer A auf 300 Prozent (8.800 Euro p.a.) und für die Grundsteuer B auf 390 Prozent (361.000 Euro p.a.) realisiert werden. Doch schon zur 1. Haushaltslesung am 30. November lehnten die Stadtverordneten diese Anhebungen mehrheitlich ab. Trotz dieser Ablehnung standen die Steuererhöhungen am 16. Dezember erneut auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung. Diesmal in Form einer separaten Hebesatzung. Die SPD-Fraktion schlug zunächst eine geringere Erhöhung der Grundsteuer B auf 380 statt 390 Prozent vor. Doch der Kompromiß reichte nicht, um der Hebesatzung die erforderliche Mehrheit zu verschaffen. Die beabsichtigte Steuererhöhung wurde durch die Stadtverordnetenversammlung zum zweitenmal abgelehnt.  
 Was daraufhin ablief, läuft auf eine klassische Verarschung der Stadtverordneten und damit auch der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt hinaus. Der Sprecher der SPD-Fraktion Christian Trill überraschte die Stadtverordnetenmehrheit nunmehr mit einem »Änderungsantrag« zur Haushaltssatzung. Da die gesonderte Hebesatzung eben abgelehnt worden sei, so der Antragsteller, hätten die in der Haushaltssatzung vermerkten Steuerhebesätze Gültigkeit. Trill beantragte, diese Hebesätze in der Haushaltssatzung für die Grundsteuer A und B auf die soeben abgelehnte Höhe von 300 bzw. 380 Prozent zu ändern. Trotz gerade erfolgter Abstimmung stand die Steuererhöhung somit plötzlich erneut zur Debatte. Die Verwirrung war vollständig und konnte auch durch eine von der PDS-Fraktion beantragte Auszeit nicht bei allen Stadtverordneten ausgeräumt werden. So gelangten die Steuererhöhungen schließlich doch noch mit knapper Mehrheit in die Haushaltssatzung, die am Ende mit knapper Mehrheit beschlossen wurde.

Von möglichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens abgesehen, litt darunter einmal mehr das Ansehen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Der zweimal deutlich artikulierte Wille der Volksvertreter, auf Steuererhöhungen zu verzichten, wurde mittels Verfahrenstricks und Überraschungsanträgen durch die Hintertür ins Gegenteil verkehrt.

Inwieweit die auf dieser Grundlage erlassenen Grundsteuerbescheide am Ende auch tatsächlich gerichtsfest sind, wird sich erweisen müssen.

GERD MARKMANN

## Bodo – der Nachfolger von Pannen-Manni?

Es war schon überraschend, wie Pannen-Manni, von einigen auch Landesvater genannt, sich aus seinem Wahlamt stahl und die Geschäfte einem damals Nichtgewählten übergab. Wer dachte, er sei alt genug fürs Altenteil und der angerichtete Schaden sei ausreichend, wurde eines Besseren belehrt. Pannen-Manni darf als Bundesverkehrsminister weitermachen, mit Erfolg, wie man Presseberichten und der Realität entnehmen kann.

Dennoch werden wir aber irgendwann einen neuen Verkehrsminister haben. Sehr empfohlen hat sich dafür der Barnimer Landrat. Im Gegensatz zu Pannen-Manni war seine Tätigkeit bisher erfolglos. Sein Versuch, sich aus dem Amt zu stehlen scheiterte ebenso, wie seine Idee, den Obusverkehr am Wochenende einzustellen.

Einen neuen Versuch, sich als Bundesverkehrsminister zu empfehlen, unternahm er mit der der angeordneten Ausdünnung des Fahrplankontaktes für den Obus an den Wochentagen (siehe MOZ vom 17.12.). In einer Stadt, die täglich gegen den Verkehrsinfarkt kämpft, ist die Ausdünnung des Fahrplanes gleichbedeutend mit dessen Abschaffung. Eine bodolose Frechheit gegenüber den Obuskunden stellt dann noch die Begründung für diesen Unsinn dar. Es müsse gespart werden. Bekanntermaßen sind bei Politikern der BRD die Worte »strengste Sparsamkeit« und »sinnlose Verschwendung« inhaltsgleich.

Für die Bürger der Stadt Eberswalde ist das Maß der Verschwendung durch den Bau des neuen Kreishauses ohnehin schon übergelauten. Da bedarf es keiner Ergänzung durch das Abstellen des halben Obusfuhrparks, der übrigens mit viel Fördergeld finanziert wurde, durch Weisung des Landkreises.

Demnächst sollen dann noch an einigen Obushaltestellen die Verspätungen mit Leuchtschrift angezeigt werden. Den Aufwand zu er-

höhen, um Mängel zu verwalten, statt sie zu beseitigen, ist vielen noch vom real Existierenden bekannt. Auch beim Belügen der Bürger orientiert sich die SPD scheinbar an diesem. Wie ist sonst zu erklären, daß Herr Kikow (siehe MOZ und Stadtanzeiger) vor der Wahl sogar Verbesserungen im ÖPNV verspricht – auf die aushängenden Fahrpläne hingewiesen, daß es dafür an Geld mangelt – aber statt dessen der Fahrplan für den Obus abgeschafft wird, teure Grundmittel ungenutzt sind und Busfahrer bezahlt werden, die auf den Einsatz ihrer verspäteten Obusse warten. Vielleicht ist das, um Worte des SPD-Kanzlers im Bundeswahlkampf zu nutzen, ein negativer Erfolg der SPD.

Meine Empfehlung an den Landrat, er soll einmal im Winter nachmittags mit dem Obus fahren. Ich wünsche ihm dann, daß er lange warten und frieren wird. Vielleicht aktiviert das dann seinen Geist, um zu der Erkenntnis zu gelangen, es ist besser, Fachleute handeln zu lassen, als Pannen-Manni nachzueifern.

Dr. ULRICH POFAHL



Eine Investition, die sich lohnt. In schöner Leuchtschrift wird auf die aushängenden Fahrpläne hingewiesen.

## Wirtschaftsförderung

**Eberswalde (bbp).** Der Wirtschaftsförderung wird in der Stadt Eberswalde künftig ein größerer Stellenwert eingeräumt. Ab 2005 arbeiten die bisher zur Wirtschaftsfördergesellschaft (WFGE) auf dem Technologie- und Gewerbepark (TGE) und zur Kommunalen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Finowkanal abgeordneten Verwaltungsmitarbeiter wieder direkt in der Stadtverwaltung. Dabei wird das Sachgebiet Wirtschaft/Tourismus direkt beim Bürgermeister angesiedelt. Zwar entfällt Zusammenhang mit der Übernahme von Aufgaben der WFGE durch die kreisliche Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft (WITO) eine Personalstelle, dafür erhöht sich die durchschnittliche Einstufung der verbleibenden Stellen. Waren die vier bisherigen Mitarbeiter in die Gehaltsstufen III, IVa, IVb und VIb eingeordnet, weist der neue Stellenplan nunmehr drei Stellen mit den Stufen II, IVa und IVb aus.

## R. Schulz auf Montagsdemo

**Eberswalde (bbp).** Rund 30 regionale Politiker, darunter den Landrat, den Eberswalder Bürgermeister, die Vorsitzenden der Fraktionen in Kreistag und StVv sowie die Spitzen der Regionalvereine der politischen Parteien, hatten die Montagsdemonstranten für den 3. Januar zum »Neujahrsempfang« eingeladen (Seite 7). Als Gäste begrüßen konnte sie den Eberswalder Bürgermeister Reinhard Schulz, der in Begleitung des Beigeordneten Uwe Birk und seiner persönlichen Referentin auf dem Marktplatz erschienen war sowie die PDS-Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig, zugleich Fraktionsvorsitzende im Kreistag Barnim. Außerdem waren 6 Stadtverordnete der Einladung gefolgt, darunter die Fraktionsvorsitzenden von PDS und BKB/Freie Wähler sowie 2 weitere PDS- 1 BKB- und 1 SPD-Stadtverordneter. Bündnis 90/Die Grünen wurde von ihrem Kreisgeschäftsführer vertreten.

Aus dem Bericht des Ausländerbeirates an den Kreistag Barnim (Teil 2):

## Barnimer Asylregelungen schärfer als das Gesetz

Ein weiteres Problem, das wir mit verschiedenen Fraktionen diskutiert haben und wo wir bis jetzt keine Lösung gefunden haben, sind die Sachleistungen für Flüchtlinge. Diese Sachleistungsgewährung schränkt erheblich die Lebensführung der Flüchtlinge ein und führt zu deren Stigmatisierung. Wir wissen wohl, daß die Leistungen für Flüchtlinge vom Asylbewerberleistungsgesetz bestimmt sind. Dieses Gesetz bringt erhebliche Einschränkungen mit sich. Dennoch sind in der Gesetzgebung Ermessensspielräume eingeräumt, deren Anwendung von den Behörden abhängig ist.

Anders als in vielen anderen Landkreisen erhalten Flüchtlinge im Landkreis Barnim, die zu der Gruppe der Flüchtlinge nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz gehören und in Heimen untergebracht sind, nach wie vor Sachleistungen.

Das Gesetz gibt aber der zuständigen Behörde die Möglichkeit, bei der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, die Form der Leistungen selber zu bestimmen. Wir können daher nicht nachvollziehen, warum die zuständige Behörde im Landkreis Barnim dieses Ermessen nicht zugunsten der Flüchtlinge nutzt. Viele Landkreise und kreisfreie Städte haben dies getan, manche sogar für alle Flüchtlinge, auch für diejenigen, die sich weniger als 36 Monate aufhalten, ob sie in Wohnungen oder in Heimen leben.

In inzwischen 11 Landkreisen oder kreisfreien Kommunen des Landes Brandenburg erhalten alle Personen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz Sachleistungen, unabhängig davon, ob sie in Wohnungen oder in Heimen le-

ben. Übrigens wurde in diesen Landkreisen eine politische Entscheidung von den Kreistagsabgeordneten oder von den Stadtverordnetenversammlungen getroffen. Diese Entscheidungen sind nicht gesetzeswidrig. Die Aufsichtsbehörde des Landes hat dies akzeptiert und keine Beanstandungen festgestellt. Wir bitten deshalb, die Kreistagsabgeordneten eine fraktionsübergreifende Initiative zu ergreifen, um die Sachleistungen aufzuheben, zumindest für alle Personen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz.

### Integration zweiseitiger Prozeß

Die Situation der Zugewanderten im Kreis ist von der Bundes- und Landesgesetzgebung abhängig. Mit dem neuen Zuwanderungsgesetz sind einige Verbesserungen eingeführt. Neben einigen Verbesserungen im humanitären Bereich sind die Integrationsleistungen für neue Zuwanderinnen und Zuwanderer ein Kernstück des Zuwanderungsgesetzes. Der Anspruch und die Pflicht auf Integrationskurse für die Migranten ist eine wichtige Voraussetzung für ihre Eingliederung in die Aufnahmegesellschaft. Die Sprache ist sozusagen die Eintrittskarte in die Gesellschaft.

Unter Integration darf aber nicht allein verstanden werden, nur Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft zu integrieren. Integration muß auch die Mehrheitsgesellschaft in den Blick nehmen. Beide Gruppen sowohl die Migranten als auch die Einheimischen müssen den Integrationsprozeß durchmachen. Eine intensive Diskussion mit der Mehrheitsgesellschaft über die Chancen und Risiken ist not-

wendig. Die aktuellen Ereignisse in Holland zeigen, daß damit verbundene Konflikte nicht mit Laissez faire überwunden werden. Ein Dialog – und zwar ein kritischer muß stattfinden, ohne dabei Menschen anderer Herkunft und Religion zu stigmatisieren

### Leitbild »Integration«

Wie wir alle wissen, ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Migranten nicht konfliktfrei. Wir können aber gemeinsam definieren, was wir wollen. Es ist auch Aufgabe der Politik und der kommunalen Entscheidungsträger, die Migration als Chance aber auch als Herausforderung zu vermitteln. Die Herausforderung heißt, Integration als Teilaufgabe einer ganzheitlichen Kommunalpolitik zu sehen, die die Bündelung aller verfügbaren Kompetenzen und Ressourcen vor Ort vorsieht.

Die Zahl der Migranten im Landkreis ist gering wie insgesamt im Land Brandenburg. Der Anteil der Migranten an der gesamten Bevölkerung beträgt etwa 2,5 Prozent. Dies darf uns aber nicht verleiten, die Migration als Randproblem zu betrachten, sie ist eine wichtige politische und gesellschaftliche Aufgabe.

Wir halten es für wichtig, ein Leitbild »Integration« im Kreis zu entwickeln. Darin sollen die Wege und Möglichkeiten einer gelungenen Integration aufgezeigt werden. Dafür brauchen wir keine Gesetzesregelung, sondern einen gemeinsamen politischen Konsens. Der Beirat hat sich vorgenommen, noch in dieser Wahlperiode einen entsprechenden Entwurf vorzulegen.

ALEKSANDR BINDER

## Wie teuer ist uns der Tierpark?

**Eberswalde (bbp).** Die lokale Tageszeitung schrieb in ihrem Jahresrückblick von »einem Aufschrei in der Bürgerschaft«, weil »einige Abgeordnete beim Zoo deutlich sparen wollten«. In der Tat gab es in dem Blättchen mehrere Leserbriefe, die in erstaunlich stilistischer Einheitlichkeit schon das Nachdenken über

das Einfrieren von Zuschüssen als Zerstörungswerk dessen brandmarkte, was die »Crew« um den schönsten Kleinzoodirektor in den letzten 15 Jahren zum Ruhm und Wohl der Stadt Eberswalde hervorgebracht hat.

Die Tierpark-Panegyriker verweisen zurecht darauf, daß es sich beim Tierpark um ein erhal-

tenwertes Kleinod der Stadt Eberswalde handelt. Der Tierpark ist den Bürgerinnen und Bürgern lieb. Sie müssen aber auch wissen, wie teuer er ihnen kommt. Zur Versachlichung der Diskussion, veröffentlicht die »Barnimer Bürgerpost« nachfolgend die wirtschaftlichen Eckwerte des Eberswalder Tierparkes.

### Übersicht Bewirtschaftung Tierpark

Jahr	Besucher	Einnahmen			Personalstellen	Ausgaben					städt. Zuschuß	
		Eintritt	sonst. Einn.	gesamt		Pers.kost.	Futter	Heiz./Energ.	sonst. Kost.	gesamt	Plan	Ist
1995	207.046	308.518,22	149.705,56	458.223,78	27,76	712.457,33	58.194,58	70.608,89	236.273,10	1.077.533,90	-604.960,55	-619.310,11
1996	201.269	291.732,92	63.851,30	355.584,22	27,76	746.557,19	71.378,98	83.880,30	203.764,73	1.105.581,20	-593.251,97	-749.996,98
1997	207.755	302.238,95	95.793,21	398.032,16	27,88	773.109,57	61.318,19	83.690,14	207.072,81	1.125.190,72	-699.089,39	-727.158,56
1998	242.371	357.068,87	168.711,44	525.780,30	28,03	837.185,48	69.637,48	143.879,24	319.878,63	1.370.580,83	-817.862,49	-844.800,53
1999	274.431	660.557,41	148.064,85	808.622,26	28,38	872.717,40	71.511,39	123.430,87	306.246,01	1.373.905,68	-619.634,63	-565.283,42
2000	295.547	817.280,95	229.190,66	1.046.471,61	32,88	1.075.407,42	70.878,62	125.124,14	339.751,51	1.611.161,70	-679.967,07	-564.690,09
2001	217.368	581.958,40	200.764,38	782.722,78	34,12	1.123.317,88	81.067,36	141.458,28	335.207,82	1.681.051,34	-633.950,80	-898.328,56
2002	243.887	797.983,78	185.117,90	983.101,68	33,12	1.190.163,39	75.438,87	152.867,63	367.925,30	1.786.395,19	-501.000,00	-803.293,51
2003	264.132	799.567,70	236.251,79	1.035.819,49	33,12	1.225.316,16	70.058,97	156.391,48	376.972,24	1.828.738,85	-561.800,00	-792.919,36
2004		790.000,00	175.000,00	965.000,00	32,13	1.162.078,00	76.700,00	154.776,00	350.000,00	1.743.554,00	-687.200,00	-778.554,00

2004 nur als Prognose. Zu berücksichtigen ist, daß ab dem Jahr 2000 die Märchenvilla in den Tierpark integriert wurde. 1999 hatte die Märchenvilla 5,2 Stellen, die Personalkosten in Höhe von 207.000 Euro verursachten. Der städtische Zuschuß betrug 1999 für die Märchenvilla 183.741,62 Euro.

Quelle: Stadtverwaltung

## »Nicht Mißwirtschaft brachte uns in diese Lage«

Rede von Bürgermeister REINHARD SCHULZ zum Eberswalder Haushalt 2005

Die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frau Roth, sprach im letzten Jahr von der schwersten Finanzkrise der Gemeinden in der Nachkriegsgeschichte. Die Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages sagte in diesem Jahr, daß die Defizite in den Kommunalhaushalten trotz Stagnation der Gesamtausgaben weiter sprunghaft angestiegen sind. Diese haben heute ein Rekorddefizit von 8,5 Milliarden Euro erreicht. Die Deckungslücken in den Verwaltungshaushalten, der wahre Indikator für die Finanzlage in den Kommunen, ist noch wesentlich höher. So sind die Kommunen inzwischen gezwungen, laufende Ausgaben dauerhaft mit Kassenkrediten zu finanzieren...

Die Hoffnung, daß die Städte und Gemeinden im Jahre 2004 durch das Inkrafttreten der Einkommensteuerentlastung einen Wiederanstieg ihrer rückläufigen Steuereinnahmen erzielen sollten, ist auch bei uns nicht eingetroffen. Diese krisenhafte Entwicklung der Kommunalfinanzen ist eindeutig nicht nur konjunkturell, sondern strukturell bedingt. Sie ist für mich Ergebnis eines dramatischen Umverteilungsprozesses innerhalb des Staates zu Lasten der Kommunen...

Die kommunale Finanzkrise ist ein Symptom der Unterminierung der finanziellen Grundlagen der kommunalen Selbstverwaltung. Für mich haben sich Bund und Länder in den vergangenen Jahrzehnten schrittweise Teile der gemeindlichen Ressourcen angeeignet... Wir können also feststellen, daß die Gemeindefinanzreform in 2004 nicht gegriffen hat, eher das Gegenteil ist der Fall...

Wo stehen wir konkret in dieser Situation?

Wenn wir noch im Jahre 2003 davon ausgingen, daß insbesondere Ober- und Mittelzentren

mit mehr Zuweisungen zu rechnen haben, so müssen wir heute sagen - das ist nicht eingetreten, denn wir haben im Jahr 2004 zwei Millionen weniger Schlüsselzuweisungen erhalten als 2003. Im Vergleich zu 2002 sogar vier Millionen. Es ist davon auszugehen, daß sich diese Zuweisung auch für 2005 noch weiter verringern wird (vgl. Tabelle auf Seite 5 - b.p.). Die Kommunen insgesamt, so auch wir, sind nicht in der Lage, die über Jahre rückläufigen Zuweisungen zu kompensieren. Obwohl wir dies immer versucht haben, denn wir können sagen, daß wir seit 1992 ca. zehn Millionen konsolidiert haben, geht die Schere immer weiter auseinander.

Nochmals sei betont, daß innerhalb der letzten zwei Jahre sechs Millionen Euro weniger zugewiesen wurden. Dies ist nicht zu kompensieren. Selbst beim Streichen aller freiwilligen Leistungen ist ein sofortiger Haushaltsausgleich nicht zu erreichen. Ich sage hier deutlich, es ist nicht Mißwirtschaft, Unfähigkeit und das Leben über die eigenen Verhältnisse, die uns in diese Situation gebracht haben.

Um die Situation klar und deutlich zu erfassen, müssen wir uns mit vergleichbaren Städten vergleichen... Hier einige Beispiele zu den Defiziten im Jahr 2003: Eberswalde 5,6 Millionen, Schwedt 18,4 Mio, Eisenhüttenstadt 33,4 Mio, Goslar 29,7 Mio, Lüneburg 49,1 Mio, Zweibrücken 29,6 Mio, Landau/Pfalz 17,5 Mio, Hofheim/Taunus 8,0 Mio.

Die intensive Diskussion in dem Arbeitskreis, in den Ausschüssen und in den Fraktionen gab zu erkennen, daß die Haushaltskonsolidierung einen sehr langen Zeitraum in Anspruch nehmen wird. Es ist nicht davon auszugehen, daß das Wachstum der Wirtschaft in der

Bundesrepublik in den nächsten Jahren so ansteigen wird, daß die Einnahmen sich drastisch erhöhen werden. Es ist SPAREN angesagt, aber nicht sparen um jeden Preis zu Lasten des Gemeinwohls in unserer Stadt.

Das Ihnen vorliegende Haushaltssicherungskonzept zeigt, inwieweit der vorhandene gemeinsame Sparwille bei unterschiedlichen politischen Interessenlagen umsetzbar ist. Wir können heute konstatieren, daß das Konsolidierungskonzept dem Landkreis nicht ausreichen wird. Deshalb sollten wir dem Landrat aufzeigen, wo unsere absolute Schmerzgrenze liegt, die noch dem Gemeinwohl träglich ist, um im I. Quartal 2005 gemeinsam mit dem Landrat die Situation unserer Stadt bei der Landesregierung vorzutragen. Den Stellenwert der Stadt, ihre Leistung auch für das Umland und damit ihre Zentrumsfunktion müssen wir dem Land zunehmend deutlich machen.

Wir brauchen die Hilfe des Landes, d. h. eine verbesserte Finanzausstattung, gerade für diese Zentrumsfunktion und keine weitere Reduzierung der Zuweisungen durch Verluste der Einwohnerzahl. Sollte dies nicht eintreten, würde Infrastruktur in jetzigen urbanen Zentren abgebaut und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden müssen. Städte, die über Jahrhunderte Zentrumsfunktionen wahrgenommen haben, würden zu Lasten von Orten, welche durch Gemeindezusammenschlüsse »künstlich« gewachsen sind, an urbaner Bedeutung verlieren.

Ich bitte Sie, dem Haushalt zuzustimmen, um dem Landkreis und dem Land das Signal zu geben, daß Sparwille durchaus vorhanden ist, aber nicht über die Grenze der Gefährdung des Gemeinwohls unserer Stadt hinaus.

Fraktion der F.D.P. in der StVv Eberswalde

## Zu aktuellen Fragen der Stadtentwicklung

Der Haushalt der Stadt inkl. des Haushaltssicherungskonzeptes sind auf der Stadtverordnetenversammlung am 16. Dezember 2004 beschlossen worden. Kernpunkte sind die Erhöhung der Grundsteuer A von 200 auf 300 v.H. und der Grundsteuer B von 350 auf 380 v.H. Dazu kommen Kürzungen und Streichungen im kulturellen und sozialen Bereich und am Ende bleibt ein millionenfaches Defizit so wie die Frage, wo soll das hinführen.

Die FDP-Fraktion hat sowohl gegen die Steuererhöhungen gestimmt als auch Haushaltssicherungskonzept und Haushalt abgelehnt. Nun könnte man uns schnell als »Blockierer« oder »Nörgeler« abstempeln. Dies ist mitnichten so. Erstens wissen alle Stadtverordneten und auch die Verwaltung, daß dieser Haushalt nicht genehmigungsfähig ist und somit von der Kommunalaufsicht abgelehnt wird.

Zweitens fehlt uns die Richtung, wo es hingehen soll. Wie will man den Haushalt konsolidieren? Welche Visionen gibt es für unsere Stadt Eberswalde?

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Schulden, aber wir wollen, daß dieses Geld dafür eingesetzt wird, daß diese Stadt zu einer noch lebenswerteren, Menschen anlockenden Kommune wird.

Wir erwarten von der Verwaltung ein Haushaltssicherungskonzept, das einen Weg aufzeigt, der nach oben - nicht nach unten führt.

Desweiteren bekennt sich die FDP-Fraktion eindeutig zum Zoo Eberswalde, fordert aber neue Finanzierungsmodelle für diesen. Denn neben dem Zoo müssen auch Museum, Bibliothek, Schulen und Kitas eine Chance haben sich zu entwickeln, auch diese Einrichtungen prägen unsere Stadt über deren Grenzen hinaus.

Wir werden grundsätzlich jeden Antrag unterstützen, der den Verbleib der einzigen Eberswalde-Information im Stadtzentrum fordert, denn wir sind für die Stärkung des Stadtzentrums zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger in Eberswalde.

Natürlich freuen wir uns, daß einige Berliner Kinder zufrieden waren mit dem Eberswalder Weihnachtsmarkt. Uns liegen jedoch die Eberswalder Geschäftsleute sehr am Herzen, deshalb fordern wir einen Weihnachtsmarkt 2005 im Stadtzentrum.

Die kleine FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde wird sich auch weiterhin für die Interessen der Eberswalder BürgerInnen einsetzen und wir freuen uns über jedes Gespräch mit Ihnen, jeden Brief von Ihnen.

DIRK AMELUNG, FRIEDHELM BOGINSKI,  
Dr. med. SIEGFRIED ADLER

Der Vorsitzende der PDS-Fraktion in der StVV Eberswalde zum Haushalt 2005:

## Wie kann es in unserer Stadt weitergehen?

Ich fange mit dem Positiven der diesjährigen Haushaltsdebatte an: Der Haushalt konnte rechtzeitig und ausführlich diskutiert werden. Meiner Wahrnehmung nach war auch eine größere Zahl von Stadtverordneten an der Diskussion beteiligt. Und der Haushalt liegt vor dem Jahresende zur Beschlußfassung vor.

Daß die eigentliche Haushaltsplanung in einer ordentlichen Qualität vorgelegt wurde, daran bin ich, Ausnahmen ausgenommen, schon gewöhnt. Die wirklichen Probleme des Stadthaushaltes konnten auch in diesem Jahr nicht annähernd gelöst werden. Dafür gibt es, wie im übrigen auch in den vergangenen Jahren nicht nur einen Grund. Ein paar besonders gravierende möchte ich hier nennen:

1. Die Wirtschaftskraft in der Region stagniert weiterhin auf niedrigem Niveau.
2. Die Entscheidungen von Bundes- und Landesregierung zu den Fragen der Gemeindefinanzierung und zur Verteilung der Steuermittel in diesem Lande sind nicht geeignet, die Probleme der Kommunen im allgemeinen und der im Osten im Besonderen zu lösen.
3. Bisherige Entlastungsgesetze der Landesregierung haben Kommunalhaushalte nicht real entlastet, sondern ihnen lediglich die Verantwortung für soziale Härten zugeschoben.

Betrachten wir unsere Situation ohne Hang zum Beschönigen, so müssen wir feststellen: Ein Haushaltsausgleich durch Verbesserung der Einnahmeseite ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten und aus den Potenzen des vorgelegten Haushaltes auch nicht möglich. Die Möglichkeiten für Verbesserungen auf der Ausgabenseite bewegen sich in den äußerst engen Grenzen gesetzlicher Vorgaben, von Tarifverträgen und anderen z.T. langfristigen vertraglichen Verpflichtungen sowie dem, was in der Stadtverordnetenversammlung im Miteinander oder auch Gegeneinander der Fraktionen überhaupt erreichbar ist. Die Grenzen des Per-

sonalabbaus innerhalb der existierenden Struktur und der vorhandenen Aufgabenstellung sind in Sichtweite und deshalb auf Dauer kein reales Einsparpotential. Gebühren und Steuererhöhung treffen direkt oder indirekt diejenigen besonders, die schon durch Entscheidungen der Bundesregierung wie die zum Arbeitslosengeld II, zum Zahnersatz und zur Pflegeversicherung besonders betroffen sind. Schließlich gibt es eine Reihe von Aufgaben, wie z. B. die Realisierung der vertraglich zugesicherten Nachnutzung des Geländes der Landesgartenschau, die uns über viele Jahre weiter hohe finanzielle Lasten bescheren werden. Ob und welche Einsparpotentiale es durch den Regiebetrieb tatsächlich gibt, wird wesentlich für das Ausmaß der finanziellen Belastungen in der Zukunft sein.

Wie kann es in der Stadt weiter gehen?

Wir denken, daß auf absehbare Zeit eine Wiederholung kostenträchtiger Marketingveranstaltungen wie LAGA und Brandenburgtag oder vergleichbarer Vorhaben angesichts der Haushaltslage verbieten. Auch im Baubereich muß ein Umdenken beginnen, sonst haben wir zwar ein schmuckes Stadtzentrum aber rundherum verfällt alles. Wer sich den Zustand unseres Nebenstraßennetzes ansieht weiß was ich meine.

Obwohl wir uns immer gegen eine Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung ausgesprochen haben – auch gegen eine Selbstbesneidung – wäre für uns die Abgabe des Bauordnungsamtes ein vergleichsweise kleines Übel gewesen, da das steuerbare Baugeschehen rückläufig und Bauherren der Weg zur Kreisverwaltung genau so zuzumuten ist, wie zur Stadtverwaltung.

Eine freiwillige Übernahme weiterer Aufgaben, die vom Kommunalrecht her Aufgaben der Kreisverwaltung sind, wie ÖPNV oder Straßenbaulasten lassen sich in absehbarer Zu-

kunft nicht mit einem defizitären Haushalt vereinbaren und sollten aus diesem Grunde nicht ernsthaft erwogen werden.

Beim bekannten Zustand des Stadthaushaltes würde eine Zustimmung zum vorliegenden Planwerk eine Zustimmung für die Entscheidungen zu Ungunsten der Gemeinden bedeuten und ist uns deshalb nicht möglich.

WOLFGANG SACHSE

Die Veröffentlichung der Stellungnahme der Fraktion BKB/Freie Wähler zum Eberswalder Haushalt erfolgte bereits in der BBP 11/2004. Grüne/BFB äußerten sich in der BBP 12/2004. Von den anderen Fraktionen der StVV Eberswalde liegen der Redaktion bislang keine Wortmeldungen vor.

## Schulden

**Eberswalde (bbp).** Der Abschlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes weist für den 31.12.2003 für die Stadt Eberswalde langfristige Schulden in Höhe von 12,766 Millionen Euro aus. Das sind 296,77 Euro pro Einwohner. Im Jahr 2003 mußten dafür 720.000 Euro an Zinsen aufgebracht werden. 232.000 Euro wurden im Jahr 2003 getilgt. Zu diesen langfristigen Schulden kommt per 31.12.2003 ein Kassenkredit in Höhe von 4,228 Millionen Euro. Dieser Kassenkredit mußte im Laufe des Jahres 2003 aufgenommen werden, um die laufende Liquidität der Stadtkasse zu sichern. Dies kostete die Stadt 88.000 Euro an Kontokorrentzinsen. Im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes sind außerdem Bürgschaften in Höhe von 22,206 Millionen Euro ausgewiesen, mit denen Kredite städtischer Gesellschaften besichert sind (Stadtwerke, TWE, WHG).

Nach Erfolg vor Gericht:

## Haushaltsloch noch größer

**Eberswalde (bbp).** Die Eberswalder Stadtverordneten klatschten Beifall, als ihnen der 1. Beigeordnete Lutz Landmann (SPD) auf ihrer Dezembersitzung verkündete, daß die kommunalaufsichtliche Beanstandung des 2004er Haushaltes vor Gericht abgewiesen worden sei. Die Stadt verfügt somit für das vorige Jahr über einen genehmigten Haushalt. Die kreditähnliche Mittelentnahme aus dem Vermögen der stadt-eigenen Technischen Werke (TWE) muß nicht rückgängig gemacht werden. Folge des gerichtlichen Triumphs ist allerdings, daß die im Haushalt 2005 eingeplanten Einnahmen aus der Konzessionsabgabe der Stadtwerke in Höhe von mehr als 1,2 Millionen Euro nunmehr wie ursprünglich geplant der Rückführung des TWE-Vermögens dienen muß. Das mit 5,2 Millionen Euro avisierte Defizit im Haushalt 2005 erhöht sich damit auf rund 6,4 Millionen Euro.

### Entwicklung der Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen der Stadt Eberswalde (in Euro)

Jahr	Steuern + Zuweisungen	=	allg.Fin.Einn.	-	Umlagen	=	Überschuß
1996 (Ist)	11.350	21.026	32.376	11.328	21.048		
1997 (Ist)	11.443	19.720	31.163	11.404	19.759		
1998 (Ist)	11.484	20.885	32.368	11.386	20.982		
1999 (Ist)	13.120	19.835	32.955	11.306	21.643		
2000 (Ist)	12.108	20.782	32.891	12.010	20.881		
2001 (Ist)	11.230	20.206	31.436	11.757	19.668		
2002 (Ist)	13.397	20.233	33.627	12.161	21.466		
2003 (Ist)	13.113	18.727	31.841	11.977	19.864		
2004 (Plan)	14.315	16.600	30.916	10.919	19.977		
2005 (Plan)	14.572	16.395	30.967	11.027	19.940		
2006 (Plan)	13.972	16.050	30.022	10.861	19.161		
2007 (Plan)	13.972	15.720	29.692	10.745	18.947		

1999/2001: berücksichtigt wurden auch abgeführte Steuern an die Gemeinde Hohenfinow bzw. Ausgleichsbeträge an das Amt Britz-Chorin  
Quelle: Haushaltsplan 2005 der Stadt Eberswalde

## Keine Einsparung

**Eberswalde (bbp).** Kann die Abgabe der weiterführenden Schulen durch die Stadt Eberswalde an den Landkreis Barnim zu Einsparungen im Haushalt führen? Würde der Kreis im Falle einer solchen Übernahme die Stadt zu einer differenzierten Kreisumlage heranziehen?

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuß hatte die Stadtverwaltung gebeten, sich mit diesen Fragen an den Landrat zu wenden. »Die Abgabe der Trägerschaft der Stadt Eberswalde von den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen an den Landkreis Barnim«, heißt es in der Antwort von Bodo Ihrke, »ist nach dem Brandenburgischen Schulgesetz möglich«. Über die Zustimmung entscheidet der Kreistag. Damit verbunden wäre der entschädigungslose Übergang aller Rechte und Pflichten an dem für schulische Zwecke notwendigen Schulvermögen an den Kreis. Falls der Kreistag die Übernahme ablehnt, wäre der Kreis ab diesem Zeitpunkt für alle Eberswalder Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und der gymnasialen Oberstufe leistungspflichtig. Der Kreis müßte der Stadt Zuschüsse zahlen.

»Einsparungen von finanziellen Mitteln im Haushalt der Stadt Eberswalde durch eine Übertragung der Trägerschaft sind dann denkbar«, so der Landrat, »wenn der Landkreis Barnim die Aufgaben der Schulträgerschaft effektiver, d.h. mit weniger Ressourceneinsatz löst, als dies vorher die Stadt Eberswalde getan hat«. Mit der Übernahme der Schulträgerschaft würde der Landkreis Barnim den besonderen Aufgabenbereich »Schulträgerschaft« wahrnehmen, »mit einem deutlichen Vorteil zugunsten der Stadt Eberswalde«. Aus diesem Grund, »insbesondere zur Wahrung der Ausgleichsfunktion des Landkreises Barnim«, würde der Landkreis dafür eine besondere Umlage von der Stadt Eberswalde erheben. Diese in anderen Landkreisen als »Schulumlage« bezeichnete Umlage »deckt dann alle Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Übertragung der Schulträgerschaft von der Stadt Eberswalde auf den Landkreis Barnim beim Landkreis Barnim entstehen«.

## Kooperationsvertrag

**Eberswalde (prest-ew).** Die Goethe-Realschule und das Wald-Solar-Heim Eberswalde unterschrieben am 15. Dezember einen Kooperationsvertrag, der die intensive Zusammenarbeit der Schule mit dem Wald-Solar-Heim regelt, das am 1. April 2005 eröffnet wird. Nicht nur der praktische Biologie- und Chemieunterricht, auch internationale Camps mit den Partnerschulen in Gorzow (Polen), Herlev (Dänemark) und Niedersachen sind im Wald-Solar-Heim geplant. Hauptthema der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit werden die erneuerbaren Energien sein. In Zusammenarbeit mit Studenten der FH und dem Wald-Solar-Heim können die Schüler auch interessante naturwissenschaftliche Experimente erarbeiten.

## Das Schwert des Alexander

Trotz Haushaltssicherungskonzept summiert sich das geplante Defizit im laufenden Haushalt der Stadt Eberswalde bis 2008 auf fast 12 Millionen Euro. Im Sicherungskonzept heißt es dazu: »Es ist zu konstatieren, daß ein Abbau dieses kumulierten Defizits nur durch Veräußerung von Anlagevermögen möglich ist.« Ist damit die weitere Haushaltspolitik der Stadt Eberswalde für die nächsten Jahre festgeschrieben? Wird auch der Restanteil der Stadt an den Stadtwerken verkauft? Steht vielleicht die Privatisierung der WHG ins Haus? Wird die Stadt Eberswalde am Ende der Bürgermeisteramtszeit von Reinhard Schulz völlig ohne Vermögen dastehen?

In der lokalen Kommerzpresse wird der Bürgermeister zuweilen als dumpfbackiger Tollpatsch dargestellt, der den schweren Dienstag nur überstehen kann, wenn er schon zu Dienstbeginn mit dem passenden Drink versorgt wird (Märkischer Sonntag, 14.11.2004). Verwunderlich, daß sich die Bürger sowas gefallen lassen. Zumal hier die machtpolitischen Fähigkeiten des Bürgermeisters erheblich unterschätzt werden. Dessen öffentliche Auftreten mag zuweilen Karikaturisten herausfordern. Das sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich im differenzierten Geflecht der verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Interessen der lokalen Eliten sehr wohl zu bewegen weiß und bislang immer rechtzeitig auf sich ändernde Konstellationen reagierte.

In der erbarmungslosen Politidialektik von Jäger und Gejagtem ist der Bürgermeister den verschiedensten Zwängen ausgesetzt. Ein Bürgermeister muß ständig politische Erfolge erbringen oder zumindest welche in der Öffentlichkeit darstellen, um den eigenen Anhängern zu imponieren und der politischen Opposition Paroli bieten oder sie gar für sich gewinnen zu können. Hier zeigt sich Schulz talentiert. Daneben muß er aber auch sein Unterstützerklientel befriedigen und deren Anspruch auf politische Rendite in Form von kommunalen Aufträgen und ähnlichem oder dem Erhalt von Verwaltungsposten. Solange genügend Finanzmasse zur Verfügung steht, läßt sich da einiges machen. Aber mittlerweile ist das Füllhorn ausgeschüttet. Die Tröge sind nicht mehr so voll. Das kumulierende Defizit zwingt zum Sparen. Hier ließen sich politische Lorbeeren verdienen, jedoch nur zu Lasten einer von der bisherigen Politik profitierenden Klientel. Ein Gordischer Knoten für den Bürgermeister.

Im aktuellen Sicherungskonzept wird unumwunden zugegeben, daß seit 1997 die Ausgaben der Stadt regelmäßig die Einnahmen übersteigen (außer 1999). Bis ins Jahr 2004 konnte dies mittels virtuoser Haushaltstechnik immer wieder kaschiert werden (vgl. »Millionen-Haushaltsdefizit weggezaubert« in BBP 5/2004). Die städtische Öffentlichkeitsarbeit glänzte mit Erfolgen. Im Jubel der in Serie veranstalteten Feste und Feiern erstickte jede Kritik schon im Ansatz. Dies, die formal ausgegli-

chenen Haushaltspläne und das Weiter-so-Versprechen spielten ihren Part schon bei der Wiederwahl des Bürgermeisters. Auch das Festhalten an seinen beiden Beigeordneten signalisierte Kontinuität. Der 2004 abgeschlossene Haustarifvertrag mit dem Verzicht auf betriebliche Kündigungen hält die Mitarbeiter der Stadtverwaltung bei der Stange.

Doch nun ist Schluß mit lustig, was natürlich niemand so deutlich ausspricht.

An einer aufgabenorientierten Verwaltungsstrukturreform, die mit einer leistungsorientierteren Personalpolitik und der zumindest partiellen Rücknahme bisheriger Klientelpolitik verbunden sein muß, führt kein Weg vorbei. Die Chance, durch neues Spitzenpersonal Bewegung ins Spiel zu bringen, mußte wohl angesichts vielfältiger interner Abhängigkeiten ungenutzt bleiben. Doch ohne Veränderung geht es nicht weiter. Das erkennen auch der Bürgermeister und seine Beigeordneten. Einen Tag nach der StVV-Sitzung, die am 16. Dezember über den Haushalt 2005 entschied, erfuhren Öffentlichkeit und Stadtverordnete über die lokale Tageszeitung von den 2005 geplanten Änderungen in der Verwaltungsstruktur.

Hauptsächlicher Inhalt ist demnach zunächst der Austausch der Beigeordneten. Das bisher vom 1. Beigeordneten Lutz Landmann (SPD) geleitete Dezernat III untersteht künftig dem Beigeordneten Uwe Birk, der damit zugleich neuer Finanzverantwortlicher wird. Dessen Dezernat II, bei dem die Personalverwaltung verbleibt, leitet nun Landmann. Damit verbunden ist auch ein partielles Umherschieben von Ämtern. Das Kulturamt, von dem wesentliche Teile in den neuen Regiebetrieb einfließen, wechselt vom Dezernat II zum Dezernat I des Bürgermeisters. Der direkt dem Bürgermeister unterstehende Regiebetrieb wird faktisch einem Dezernat gleichgestellt, was sich auch in dem laut Stellenplan mit der Dezernenten-Gehaltsstufe I dotierten Direktorposten widerspiegelt. Das Amt für Schule und Kitas wechselt ins Dezernat II, während Birk das Ordnungsamts mitnimmt. Außerdem übernimmt Birk mit dem »Gebäudemanagements« offenbar Aufgaben, die bisher beim Baudezernenten Dr. Gunther Prüger angesiedelt waren. Dessen »gestrafftes« Dezernat IV soll künftig statt vier nur noch zwei Struktureinheiten umfassen.

Ämtertausch ist ein beliebtes verwaltungsinternes Mittel für Veränderungen. Ist frischer Wind durch neue Leute unerwünscht, bleibt das sogar als einziges Mittel, stehenden Mief etwas durcheinanderzuwirbeln. Hat der Bürgermeister damit jenes alexandrinische Schwert gefunden, mit dem er den Eberswalder Gordischen Knoten zerschlagen kann? Mit der angekündigten Reduzierung der Ämterzahl von 13 auf 9 wird zumindest die Richtung der Verwaltungsstrukturänderung angedeutet. Und auch, welcher Dezernent dabei über die Klinge springen soll.

GERD MARKMANN

# Neujahrsempfang der Arbeitslosen

UTE FREY auf der 20. Eberswalder Montagsdemo am 3. Januar 2005

Wir haben heute zu einer ungewöhnlichen Demonstrationsform eingeladen – zu einem Neujahrsempfang. Wer sonst wohl lädt Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger zu Neujahrsempfängen ein. Wir könnten natürlich auch einmal uneingeladen zu den vielzähligen Neujahrsempfängen der Mächtigen und Gutbetuchten gehen. Wir haben uns aber alternativ dazu entschlossen, einen eigenen Neujahrsempfang zu gestalten und diejenigen einzuladen, die sonst Einlader oder Gäste der vielen Neujahrsempfänge sind. In einer Nachbetrachtung zu unserer heutigen Veranstaltung wird man analysieren können, wer von den eingeladenen Politikern unserer Einladung gefolgt ist und damit der Montagsdemo seine Achtung und Wertschätzung gezollt hat oder wer meinte, wichtigeres vorzuhaben und die Montagsdemo ignorieren zu können.

Unsere heutige Montagsdemo ist die zwanzigste in Folge, seit sich bei der ersten Montagsdemo in Eberswalde am 23. August 1200 Demonstranten auf dem Marktplatz versammelten. Die Zahl der Demonstranten ging zwar relativ schnell auf eine Größe von 120 bis 150 zurück, denn viel Hoffnung haben die Menschen nicht, daß sich diese Regierung von Protesten beeindrucken läßt. Umso entschlossener ist die Zahl der verblichenen Demonstranten, die – auch im Bewußtsein, daß sie für eine große Zahl Betroffener eintreten – mit ungebrochenem Willen die Aktionen fortsetzen wollen. Die Anzahl der »Aktivisten« in der Eberswalder Montagsdemo hat sich vergrößert. Immer mehr Leute fassen den Mut, Wortmeldungen für die Montagsdemo abzugeben oder am offenen Mikro das Wort zu nehmen. Es gibt eine eingespielte Teamarbeit in der Vorbereitung und Durchführung der einzelnen Montagsdemos. Jeden Mittwoch treffen sich 15 bis 25 Freunde der Montagsdemo zur Vorbereitung der nächsten Aktion – Tendenz steigend.

Die Montagsdemo entwickelt eine eigene Demonstrationkultur. Selbstverständlich gewaltfrei und ohne Platz für rechtes Gedankengut. Mit Sprechchören und ideenreichen Einlagen während der Kundgebungen oder auf dem Demonstrationzug haben wir das menschenfeindliche Wesen von Hartz IV und Agenda 2010 charakterisiert. Die Aktionen werden durch Musikbeiträge unterstützt. Sogar zwei eigene Eberswalder Montagsdemo-Songs sind entstanden. Auch ein selbstgeschriebenes Gedicht wurde schon mal vorgetragen.

Die Eberswalder Montagsdemos waren nicht nur Protest, sondern teilweise auch der Versuch, sich in die Kommunalpolitik einzumischen. Mit einem Anschlag an der Rathausstür haben wir Forderungen an die Kommunalpolitik gestellt. Die Einwohnerfragestunde in

der StVV und im Kreistag wurden genutzt, um die Abgeordneten mit unseren kommunalpolitischen Forderungen, darunter die nach Betroffenenbeiräten, zu konfrontieren. Es gab Gespräche mit Mitgliedern des städtischen Sozialausschusses, Hardy Lux und Dieter Müller, mit dem Vorsitzenden der StVV, Friedhelm Boginski, sowie mit der Kreistagsfraktionsvorsitzenden und Landtagsabgeordneten der PDS, Margitta Mächtig. Einige Freunde der Montagsdemo haben sich auch mit Leserbriefen in der Presse öffentlich zu Wort gemeldet.



Schon am Vormittag des 3. Januar waren Mitstreiter der Montagsdemo vor der Arbeitsagentur aktiv.

Es ging bei den Montagsdemos nicht nur um Hartz IV. Die »Eberswalder Montagsdemo« bemühte sich um eine komplexe Betrachtung der Probleme des Sozialabbaus. Besonders beleuchtet wurden die Folgen des Sozialabbaus nicht nur für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sondern auch auf die Rentner, die Kinder, die Frauen, auf die Migranten usw. Fragen der Gesundheitspolitik wurden ebenso behandelt, wie die der Haushalts- bzw. Geldpolitik. Sowohl zu den Zusammenhängen zwischen Bundes- und Kommunalpolitik wie auch zu Fragen der Globalisierung gab es Meinungsäußerungen.

Die Eberswalder Montagsdemo blieb in ihren Aktionen nicht auf Eberswalde beschränkt. Mehr als 40 Leute nahmen an der zentralen Demo in Berlin am 2. Oktober teil. Wir unterstützten den Lohnkampf der Gewerkschaft NGG in Wandlitz mit unserer Teilnahme an Protestaktionen. Zweimal schon traten Vertreter der Eberswalder Montagsdemo auf der Demo in Angermünde auf. Selbstverständlich halten wir auch Verbindung zu anderen Demoorganisationsgruppen per Internet.

Wo gab es bisher in der Bundesrepublik Deutschland eine derart nachhaltige Protestbewegung? Schon allein das spricht dafür, daß die Bundesregierung mit ihrer Politik des Sozialkalküls das für die Bürger erträgliche Maß weit überschritten hat. Hartz IV hat das Faß zum Überlaufen gebracht. Schon die

CDU-geführte Bundesregierung hatte eine Politik des Sozialabbaus betrieben, stieß aber an die von der SPD-Opposition gesetzten Grenzen und wurde abgewählt. Die SPD-geführte Bundesregierung brachte uns aber keine sozialere Politik. Sie führte die unsoziale CDU-Politik nicht nur weiter, sondern trieb sie noch auf die Spitze. Und das mit dem mehr oder weniger unverhohlenen Wohlwollen von CDU und CSU. Die Adressaten unserer Proteste sind deshalb sowohl die Regierungskoalition aus SPD und B90/Grüne als auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien (ausgenommen die PDS, die ja bekanntlich nicht als Partei sondern nur durch zwei Direktkandidaten im Bundestag vertreten ist). Bei unseren Protesten vor den Büros von SPD, CDU und B90/Die Grünen haben wir das jeweils auch deutlich gemacht.

Wir Montagsdemonstranten begreifen die derzeitige Politik des Sozialabbaus nicht als eine vorübergehende Folge von Haushaltschwächen bei Bund, Ländern und Kommunen, sondern als eine Politik, die zielstrebig zur Aushöhlung des Sozialstaates führt. Die Umverteilung von unten nach oben ist nicht nur Folge derzeitiger Politik, sondern auch das gewollte Ziel der Herrschenden. Des Brot ich ess, des Lied ich sing. Das bekommen wir alle Tage auf's Neue bestätigt, zuletzt durch Herrn Mayer, Ex-CDU-Generalsekretär im Sold von RWE. Mayer kassiert ab und wir sind die Angemayerten. Von solchen Politikern kann man keine Sozialpolitik erwarten.

Die Meinung ist weit verbreitet, daß die Arbeitslosen ihre Stütze nicht ohne Gegenleistung erhalten sollten. Jeder kennt einen, der nicht arbeiten will und einen, der ohne Arbeit mehr hat als ein Arbeitender. Und dann kennt er noch einen, der arbeitet sogar schwarz. So gesehen erscheint Hartz IV als logische und vernünftige Regelung. Aber keiner kann sagen, wo es die Arbeit gibt, mit der Arbeitslose ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Wenn es keine Arbeit gibt, wie jeder weiß, dann ist es falsch und ungerecht, die von Arbeitslosigkeit unverschuldet Betroffenen durch Entzug ihrer Lebensgrundlage zu bestrafen, sie zu entrechten und zu Menschen dritter Klasse zu machen. Das aber geschieht durch Hartz IV per Gesetz und per Verordnung. Dieses Gesetz verletzt wissentlich und vorsätzlich das Sozialstaatsgebot und andere verfassungsrechtliche Grundsätze und deshalb verfassungswidrig. Mit diesem Gesetz wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen und kein einziges Problem gelöst, aber die Spaltung der Gesellschaft vertieft – die Spaltung in arm und reich, in oben und unten. Seit dem Untergang des Sozialismus zeigt der Kapitalismus ungehemmt sein wahres Gesicht.

### 17. Montagsdemo am 13.12.

Viele Betroffene haben inzwischen ihre ALG II-Bescheide erhalten. Die siebzehnte Montagsdemo am 13. Dezember stand deshalb unter dem Motto: »Wir lassen unseren Frust raus«. Die Demonstranten waren dazu aufgerufen Lärminstrumente mitzubringen. Nach der Eröffnung durch Ute Frey trug Sieglinde Müller ihr Gedicht »Applaus an viele Leute« vor – ein Appell an alle, sich mit Engagement füreinander einzusetzen. Anschließend informierte Ute Frey über die zu Weihnachten und über den Jahreswechsel geplanten Montagsdemos. Nach kleineren Aktionen (Mahnwache und Infostand) am 20. und 27. Dezember werde am 3. Januar ein »Neujahrsempfang« der Montagsdemo folgen, zu dem führende Politiker des Landkreises und der Stadt Eberswalde eingeladen werden. Albrecht Triller wies noch einmal auf die bereitliegenden Vordrucke zum Widerspruch gegen die ALG II-Bescheide hin und riet dringend zum Widerspruch, weil sonst auch falsche Bescheide Rechtsgültigkeit erhalten würden. »Wenn die Entwicklung so weitergeht, haben wir bald amerikanische Verhältnisse«, mahnte Georg Büchner am offenen Mikrofon. Als nach der kurzen Kundgebung zum Abmarsch gerufen wurde, standen noch rund 90 Demonstranten auf dem Marktplatz. Ihr anschließender Zug durch Eberswalde führte bis zur Grabowstraße und am Arbeitsamt vorbei bis zum Karl-Marx-Platz. Dabei wurde mächtig auf die Pauke gehauen und kräftig die Becken geschlagen. Das Arbeitsamt erhielt wieder seinen wahren Titel »Agentur für Armut«. Albrecht Triller informierte die Demonstranten über die deutschlandweit geplante Aktion »Agenturschluß« und steckte 10 entsprechende Aufrufe in den Briefkasten des Arbeitsamtes. Auf den Flugblättern werden die Mitarbeiter aufgefordert, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren und ihren Ermessensspielraum zugunsten der Betroffenen zu nutzen.

### 18. Montagsdemo am 20.12.

Die 18. Montagsdemo fand in der kleinen Form einer Mahnwache mit Informationsstand statt. Hauptzweck war, den Platz der Montagsdemo auch an diesem Tag zu besetzen, obwohl keine Kundgebung und keine Demonstration vorgesehen waren. Etwa 30 Teilnehmer kamen trotzdem, die meisten im Wissen, daß es keine Demonstration geben würde. Sie kamen teils, um die angekündigten Gespräche zu nutzen, teils auch aus Solidarität. Trotz empfindlicher Kälte harrten sie zwei Stunden aus. Am Holzfeuer führten sie intensive Gespräche und tauschten ihre Meinungen aus. Man hört immer mehr von Fällen falscher ALG II-Bescheide und ungenügender Beratungsleistungen.

### 19. Montagsdemo am 27.12.

Auch am 27. Dezember kamen etwa 30 Leute zur Mahnwache um ihrem Ärger über die erhaltenen Bescheide Luft zu machen und sich mit anderen zu beraten.

## Der Berg kreite und gebar ein Mäuschen

In den Forderungen der »Eberswalder Montagsdemo« ist die Bildung von Betroffenenbeiräten enthalten. Ein Flugblatt mit dem Titel »Unsere Positionen und Forderungen«, welches tausendfach in der Stadt verteilt wurde, enthielt auch die Erwartung an die Stadt Eberswalde und den Landkreis, Betroffenenbeiräte zu gründen. Zunächst gab es darauf keinerlei Reaktion.

Das war für die »Eberswalder Montagsdemo« Veranlassung, am 13. September die Forderungen an die Kommunalpolitik an der Rathausstür anzuschlagen. Dieser Anschlag, der auch die Forderung nach einem Betroffenenbeirat enthielt, wurde den Stadtverordneten von der Verwaltung in der StVV am 16. September auf den Tisch gelegt. Wer annahm, daß dies zu Reaktionen der Stadtverordneten führen würde, irrt. Lediglich der Abgeordnete Gerd Markmann richtete eine Anfrage zum Beirat an den Bürgermeister, der diese spät und ausweichend beantwortete.

In den folgenden Wochen diskutierte die PDS-Fraktion einen Vorlagenentwurf für den Betroffenenbeirat aus der Feder von Gerd Markmann, konnte sich jedoch nicht zur Einbringung der Vorlage entschließen. Die »Eberswalder Montagsdemo« gewann daraufhin die Fraktion BKB/Freie Wähler, diese Vorlage in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Am 18. Oktober stand sie auf der Tagesordnung, wurde jedoch nicht beschlossen, sondern in den Sozialausschuß verwiesen.

Dem folgten Gespräche des Ausschussvorsitzenden Hardy Lux und des Stellvertreters Dieter Müller mit dem Vorbereitungskreis der Montagsdemos sowie ein Gespräch zwischen Hardy Lux und Hartwin Schulz. Bereits diese vom »Wohlfühlen« geprägten Gespräche zeigten, daß es in der StVV keine Mehrheit für ei-

nen Beirat geben würde. In der Sitzung des Sozialausschusses, an dem mehrere Vertreter der »Montagsdemo« teilnahmen, einigte man sich dann auf eine »Arbeitsgruppe des Sozialausschusses«, die sich mit dem Thema Hartz IV beschäftigen soll. Zwei Vertreter der Montagsdemo dürfen dann an den vierteljährlichen Ausschusssitzungen zum Thema Hartz IV mit Rederecht teilnehmen.

So wurde es dann auch von der StVV am 18. November beschlossen. Einstimmig! Obwohl die erste Vorlage im Falle ihrer Abstimmung durchgefallen wäre. Also waren nun alle Fraktionen zufrieden: Die einen, weil wenigstens eine kleine Lösung gefunden wurde, die anderen, weil die kleine Lösung auch so gut wie eine Ablehnung war.

Der Ausschuß ging in seiner nächsten Sitzung gleich zur Realisierung über: Vorschläge der Fraktionen für die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe gab es noch nicht – wird nachgereicht, ist ja noch Zeit bis zur Konstituierung am 11. Januar 2005.

Am 11. Januar wird die Arbeitsgruppe dann erst einmal über Aufgaben und Arbeitsweise beraten. Ein erster Sachstandsbericht ist frühestens im März 2005 zu erwarten. Damit wurde der Arbeitsgruppe von vornherein der Zahn gezogen, auf die Einführung von Hartz IV noch Einfluß zu nehmen. Und dann stellte der Vertreter der Verwaltung im Ausschuß auch gleich klar, daß die Arbeitsgruppe keine Kontraposition einnehmen könne.

Damit dürfte klar sein, daß die Arbeitsgruppe Hartz IV bestenfalls eine Alibifunktion haben wird. Man darf gespannt sein, ob analoge Bemühungen für einen Betroffenenbeirat beim Landkreis überhaupt in den Kreißaal kommen.

ALBRECHT TRILLER

## Unverschämtes Anspruchsdenken?

Wir alle wissen, daß im Indischen Ozean eine gewaltige Naturkatastrophe weit über hunderttausend Menschen den Tod gebracht, ebenso viele verletzt und Millionen obdachlos gemacht hat. Unendliches menschliches Leid und gewaltige Zerstörungen bestimmen in den Katastrophengebieten den Alltag der Überlebenden.

Verglichen mit der Situation dieser Menschen, erscheinen unsere Forderungen nach sozialer Sicherheit kleinlich und unpassend. Außenminister Fischer rief uns auf, statt zu Silvester Böller in die Luft zu schießen, für die Betroffenen zu spenden. Wer von uns noch dazu in der Lage ist, für die Hilfebedürftigen zu spenden, der tut das.

Aber zu den Milliarden für die großen »Böller«, die für kriegerische Auseinandersetzungen produziert und eingesetzt werden, darüber verlor Herr Fischer kein Wort.

60 Milliarden Dollar sind für das USA-Raketenabwehrprogramm eingeplant und mindestens 80 Milliarden kostet der Irak-Krieg. Irrsinnige Geldsummen für den Schutz der reichen Bürger der »freien« Welt. Ein Bruchteil dessen hätte gereicht, um Tausende Menschen in den Küstenzonen besser zu schützen und dabei gleichzeitig mehr gegen die Armut als der Wurzel des Unfriedens in der Welt zu tun.

Geld ist genug da für die Lösung der vielfältigen Probleme in Deutschland und der Welt – es ist nur in den falschen Taschen. Bescheidenheit ist an anderer Stelle angesagt. Deshalb haben wir keine Scham, unseren Kampf für mehr Gerechtigkeit fortzusetzen.

UTE FREY am 3. Januar

**Barnimer Bürgerpost abonnieren!**  
Tel.: 03334/356542 (nach 18 Uhr)  
Fax: 01805/751112596 · eMail: bbp@telta.de

## Nur noch ein unliebsamer Kostenfaktor?

Dies ist heute die zwanzigste Montagsdemonstration in Eberswalde. Ich brauchte lange, bis ich mir dann auf der vierten Montagsdemo das Herz faßte, zu sprechen. Inzwischen macht es mir nichts mehr aus, vor 100 oder mehr Leuten zu sprechen. Die Montagsdemo hat mich selbstbewußter gemacht und mich darin bestärkt, daß ich meine Interessen selbst vertreten kann und muß.

Ich gehöre zu jenen, die schon seit vielen Jahren unter der Arbeitslosigkeit im Osten leiden. Sicher erinnert ihr euch noch an die Versprechungen von Ministerpräsident Stolpe 1994, die Arbeitslosigkeit in Brandenburg unter zehn Prozent zu drücken. Diese erste Hoffnung wurde enttäuscht. Ich stellte ihn 1997 zur Rede, als er auf dem KIM-Gelände eine Ministerberatung abhielt. »Mit 37 Jahren zu alt für den Arbeitsmarkt?« Das war meine Frage an ihn. Inzwischen bin ich 44, aber Arbeit habe ich bis heute nicht und die Arbeitslosigkeit liegt gegenwärtig über zwanzig Prozent.

Auf der Wahlveranstaltung des heutigen Ministerpräsidenten Matthias Platzeck am 1. September habe ich das Gespräch mit ihm gesucht. Auch er hält Hartz IV für richtig und meinte nur, diese sogenannte Reform hätte schon zwanzig Jahre früher kommen müssen und es gäbe keine Alternative.

Heute nun ist Hartz IV in Kraft. Aber Arbeit hat das Arbeitsamt nicht zu bieten. Wie stellt sich meine Situation jetzt nach Inkrafttreten von Hartz IV? Ich gehöre zu den »Glücklichen«, die jetzt ein paar Euro mehr erhalten. Als Arbeitslosenhilfeempfängerin habe ich 10 Euro im Monat erhalten. Die sind jetzt weggefallen, aber nun erhalte ich einen Mietzuschuß,

den ich vorher nicht hatte. War ich vorher selbst versichert, so bin ich jetzt über meinen Mann familienversichert. Einen eigenen Beitrag zum Leben kann ich nicht beisteuern.

Mein Mann ernährt mich, er kleidet mich, er trägt die Miete und die Mietnebenkosten, er zahlt die 10 Euro Praxisgebühr, wenn ich zum Arzt muß und die Zuzahlung zu Medikamenten, er bezahlt meine Kosten für öffentliche Verkehrsmittel, er versichert mich, er zahlt meine Rentenbeiträge. Und – wenn er Pech hat – trägt er auch noch meine Bestattungskosten.

Wer bzw. was bin ich in dieser Gesellschaft? Ein Anhängsel des Mannes? Ein unliebsamer Kostenfaktor in Eichels Bundeshausalt? Wo bleiben da die Menschenwürde und die Sozial-

staatsverpflichtung des Grundgesetzes? Wo bleibt die Gleichheit von Mann und Frau vor dem Gesetz? In dieser Gesellschaft gibt es nicht nur arm und reich, sondern mit Hartz IV auch Rechtlosigkeit und Diskriminierung.

Wahrscheinlich gelte ich jetzt nicht einmal mehr als arbeitslos und werde deshalb auch nicht mehr bei der Vermittlung berücksichtigt. Die ab 1. Januar für mich beantragte 1,10-Euro-Stelle wurde bisher nicht genehmigt. Deshalb?

So jedenfalls kann es nicht weitergehen. Für mich ist klar, der Widerstand gegen Hartz IV und die gesamte Politik des Sozialkahltschlags darf nicht aufhören.

UTE FREY am 3. Januar



»Wir schlagen Krach«. Mit diesem Motto zogen die Arbeitslosen im Dezember durch Eberswalde.

## »Weil du arm bist, mußt du früher sterben?«

Weil ich es hielt für unerträglich hielt, was da mit Hartz IV auf uns zukam, war ich mir mit Gleichgesinnten einig, daß etwas passieren muß. Ich gehörte deshalb zu den Initiatoren der Montagsdemo und bin seit dem 23. August 2004 dabei.

Für mich war es wie für alle anderen Frauen in der DDR selbstverständlich, daß ich mir meinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit selbst verdient habe. Als ich nach der Wende dann meine Arbeit verlor, war ich selbstverständlich bereit, auch andere und mit viel Streß verbundene Arbeit zu übernehmen. Aber 1997 war dann endgültig Schluß. 1998 gehörte ich deshalb zu den Teilnehmern der Arbeitslosendemos in Eberswalde und habe ich im Arbeitslosenkreis beim DGB Uckermark/Barnim mitgewirkt.

In den Folgejahren rannte ich dem Arbeitsamt die Bude ein, um wenigstens eine ABM zu kriegen. Dreimal war ich in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen tätig, aber eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt war es nie, sondern

immer nur eine zeitweilige Beschäftigung.

Bis zur Altersrente fehlen mir noch viele Jahre. Aber zu allem Unglück bin ich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr voll erwerbsfähig. Da darf ich nun, gemeinsam mit meinem ebenfalls erwerbsunfähigen Lebenspartner, die Segnungen des Gesundheitswesens auskosten.

Als chronisch Kranke zahle ich schon mit der Praxisgebühr vierzig Euro im Jahr und dann kommen regelmäßig noch die Zuzahlungen für die Medikamente. Außerdem muß ich auch immer wieder mal ins Krankenhaus, aber das kann ich mir auch nicht leisten. Zwar bekomme ich einen Teil der Zuzahlungen, die die Bemessungsgrenze übersteigen, am Jahresende wieder zurück, aber das Geld fehlt mir im laufenden Monat. Da stehe ich jedes Mal vor der Frage, ob ich mir die verschriebenen Medikamente auch kaufen kann. Dabei hat schon der Arzt nicht das beste, sondern das billigste Medikament gewählt, damit er mit seinem Budget hinkommt.

Wieso muß ich der Krankenkasse eigentlich noch Geld leihen, denn was anderes ist es doch nicht, wenn ich über die Bemessungsgrenze hinaus zuzahlen muß und erst später das Geld zurückerhalte.

Für mich wird die Gesundheit mehr und mehr zur Geldfrage. »Weil du arm bist, mußt du früher sterben«, dies wird jetzt wieder zur Regel. Das Solidarprinzip wird immer mehr ausgehöhlt und die Gesundheit zur Ware, die man sich kaufen kann, wenn man Geld hat. Und wer Geld hat, der kann sich dann auch noch privat versichern und zahlt weniger Beiträge für bessere Leistungen.

Wer mich kennt, weiß, daß ich das Jammern hasse. Ich versuche stets aus einer Situation das Beste zu machen. Aber einmal reißt auch bei mir die Hutschnur. Und wenn sich keiner wehrt, wird es mit jedem Tag noch schlimmer. Deshalb stehe ich hier und deshalb werde ich auch weiter montags hier stehen.

MANUELA RICHTER am 3. Januar

## Nebenjobs und PR

Nun stehen sie wieder am Pranger, unsere armen Politiker. Wegen 'ner Abfindung, die ihnen ihr früherer Arbeitgeber zusteckte oder wegen ein paar bescheidner Nebenverdienste. Dabei wars doch schon immer so, daß unsre im Vergleich zu den Topmanagern in der Wirtschaft, aber auch zu den leitenden Beamten, deren Chef sie doch eigentlich sein sollen, eher mies entlohnten Volksvertreter, jede Möglichkeit nutzten, sich die Taschen auch über die Diäten hinaus vollzustopfen.

Warum kommen diese Enthüllungen gerade jetzt? Alle haben doch Dreck am Stecken. Das merkt man deutlich am strengen Parteienproporz, der auch bei den Enthüllungen gilt. Wem nützt es, wenn jetzt ein paar Bundestagsabgeordnete ihren Nebenjob aufgeben müssen?

Es ist kein Zufall, daß der Enthüllungsjournalismus gerade zum Inkrafttreten von Hartz IV von der Leine gelassen wird. Gerade zu dem Zeitpunkt, an dem viele Betroffene weniger Geld als bisher in der Tasche haben. Gerade zu dem Zeitpunkt, an dem die bisherigen bescheidenen Nebenverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger faktisch wegfallen.

Seht her, kann man nun sagen, wir greifen durch. Nicht nur die Hartz IV-Betroffenen, sondern auch die Politiker müssen sich in ihren Nebenjobs einschränken. Wir sitzen halt alle in einem Boot. Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen. Der eine mehr, der andere weniger.

Wie gut, nicht alles Geld ist verschwendet. Die teuren Beraterverträge mit den PR-Beraterrfirmen haben ihre Wirkung nicht verfehlt.

GERD MARKMANN

## Zuzahlung ohne Ausnahme

Alle Zuzahlungsbefreiungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sind abgelaufen. Ab 1. Januar 2005 müssen alle Patienten zuzahlen, informiert der Apothekerverband Brandenburg (AVB). Die Zuzahlung zu Arzneimitteln war mit der Gesundheitsreform Anfang 2004 neu geregelt worden, die höhere Eigenbeteiligung aus der Tasche der Patienten soll die Krankenkassen entlasten. Grundsätzlich werden zehn Prozent des Arzneimittelpreises erhoben, mindestens fünf, höchstens jedoch zehn Euro je Packung. Befreiungen gibt es lediglich für Schwangere und für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.

Die Krankenkasse kann ihre Versicherten im Laufe des Jahres von weiteren Zuzahlungen befreien, wenn sie zwei Prozent des Bruttoeinkommens an Zuzahlbeträgen geleistet haben. Für die als schwer chronisch krank eingestuft Patienten liegt dieser Wert bei einem Prozent. Eine Ausnahme gilt ab 2005 für Heimbewohner, die Sozialhilfe beziehen. Sie erhalten vom Sozialhilfeträger ein Darlehen, das an die zuständige Krankenkasse ausgezahlt wird. Das Darlehen wird anschließend ratenweise von ihrem Taschengeld abgezogen.

DIANA HENKE

## Nebenverdienst abgeschafft

Ich wollte heute eigentlich ein paar Worte dazu sagen, wie es mir mit den neuen Bezügen des ALG II geht. Das ist aber nicht möglich. Laut Aussage einer Sprecherin des Eberswalder Arbeitsamtes (MOZ vom 31.12.04) sind alle eingereichten Anträge für ALG II bearbeitet und erledigt.

Da bin ich wohl die einzige Ausnahme? Denn ich habe bis heute noch keinen Bescheid bekommen. Noch nicht einmal einen Vorbescheid. Nur ein neuer Arbeitslosenhilfe-Bescheid, gültig für den Monat Dezember, fand den Weg in meinen Briefkasten.

Ich glaube nicht, daß es nur mir alleine so geht. Es gibt mit Sicherheit noch einige andere, die ebenfalls noch auf ihren Bescheid warten, und somit auch kein Geld auf dem Konto.

Ich frage Euch, warum stehen in der Zeitung falsche Angaben? Oder wurde etwa vom Amt alles schöneredet? Warum wird nicht von den Bescheiden berichtet, die falsch rausgegangen sind, die falsch berechnet wurden? Aber die Ämter müßten ja dann zugeben, wie übereilt mit Hartz IV umgegangen wurde, und wie ungerecht Hartz IV viele Menschen trifft.

Doch auch wenn ich noch keinen Bescheid habe, schon jetzt weiß ich, daß ich, selbst wenn ich die Regelleistung voll bekäme und den Wohnzuschuß, runde 150 Euro im Monat weniger zur Verfügung habe als bisher. Und auch meinen Zuverdienst, von dem mir bisher 165 Euro im Monat ohne Abzüge zustanden, darf ich laut Hartz IV nicht mehr behalten. Nur noch 15 Prozent stehen mir davon zu. Das sind nur noch 27,50 Euro im Monat. Und das für

die gleiche Arbeit, für die gleiche Arbeitszeit. Ich arbeite schon 5 Jahre lang in diesem Nebenjob. Und nun das. Als Lohn dafür, daß ich versuchte, selber eine Beschäftigung zu finden, um wenigstens etwas am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. Daß ich mit 55 Jahren keine Vollbeschäftigung finde, liegt mit Sicherheit nicht an meiner Unlust zum Arbeiten, sondern an den fehlenden Arbeitsplätzen im Barnim. Dafür werde ich nun von Staats wegen bestraft.

Das empfinde ich als zutiefst ungerecht. Das empfinde ich als einen vom Staat gewollten Niedriglohnerlaß. Menschen, die sich aus finanziellen Gründen nicht mehr wehren können, bilden keine Gefahr für jetzige und für noch kommende schwerwiegende gesetzliche Veränderungen, weil gar kein Geld für Klagen vorhanden ist.

Wie viele Manager, wie viele Politiker verdienen nebenbei sehr großzügig. Manche erhalten sogar Gelder von den Firmen, in denen sie nicht einmal mehr Leistungen erbringen müssen. Wieder andere bekommen großzügige Abfindungen als Belohnung, obwohl sie ganz offensichtlich falsch gehandelt haben. Hat das, was ich hier anspreche, etwas mit einer immer wieder vorgeschobenen Neiddiskussion zu tun? Nein, ich fühle mich nur ungerecht behandelt. Es ist eine riesengroße Sauerei, daß dieses geringe Zubrot, wofür ich ehrlich arbeite und das ich zum Leben benötige, angerechnet wird, während andere sich mit ihren Zusatztätigkeiten bereichern können.

ERIKA KLATTE am 3. Januar

## Teilnehmerzahlen und Aktivitäten

Demo	Tag	Teilnehmer	Motto bzw. Aktionen
1.	23. August	1200	Weg mit Hartz IV
2.	30. August	600	Verbrennung ALG II -Anträge
3.	6. September	600	Wir haben keinen Grund zum Feiern (Brandenburgtag)
4.	13. September	400	Wir tragen den Sozialstaat zu Grabe. Besuch bei SPD
5.	20. September	250	Wir richten uns auf einen langen Kampf ein.
6.	27. September	200	Hartz IV und die Gesundheitsreform. Die Rolle des Geldes
7.	4. Oktober	140	Hartz IV und die Rentner. Es gibt kein Bier nach Hartz IV
8.	11. Oktober	120	Hartz IV und die Frauen. Besuch bei B 90/Die Grünen
9.	18. Oktober	120	Steh auf für mehr Gerechtigkeit. Fackelumzug
10.	25. Oktober	135	10. Eberswalder Montagsdemo – Wir machen weiter
11.	1. November	120	Der Sozialabbau in Deutschland und die Kinder
12.	8. November	140	Strip-Show »Arbeitlose machen sich nackig«, Besuch bei CDU
13.	15. November	140	Hartz IV und die Migranten
14.	22. November	120	Eberswalder Sklavenmarkt
15.	29. November	105	15. Montagsdemo - Zwischenbilanz
16.	6. Dezember	130	Nikolaustag für Hart IV und Agenda 2010 Betroffene
17.	13. Dezember	90	Wir lassen unseren Frust raus
18.	20. Dezember	30	Mahnwache und Informationsstand
19.	27. Dezember	30	Mahnwache und Informationsstand
20.	3. Januar	150	Neujahrsempfang der Montagsdemo für Politiker

### Zusätzliche Aktionen:

02. Oktober	41	gemeinsame Busfahrt zur zentralen Montagsdemo in Berlin
16. September	20	Gelbe Karte für die Stadtverordneten und Fragen an die Stadt
24. November	5	Einwohnerfragestunde im Kreistag und Fragen an den Kreis

Ein Vergleich zur Anzahl der Regenwürmer im Mulchgarten und auf konventionell bewirtschafteten Ackerböden (II)

## ***Bodentiere als Merkmal der Bodenfruchtbarkeit***

von Kurt Kretschmann und Daniel Fischer

Während seines Praxissemesters von März bis Mai dieses Jahres fertigte Daniel Fischer, seit 2001 Student an der FH Eberswalde, eine Vergleichsstudie zum Bodenleben an (BBP 5/2004). Zusammen mit Kurt Kretschmann hat er die Anzahl und Vielfalt des Bodenlebens im Mulchgarten und auf anderen Flächen miteinander verglichen und bewertet. Bei den verschiedenen Untersuchungen, von denen vier im Kretschmannschen Total-Mulch-Garten in Bad Freienwalde, 3 in anderen Mulchgärten, 2 in naturnahe Gartenanlagen und 2 auf landwirtschaftliche Ackerflächen stattfanden, konnten eindrucksvolle Ergebnisse ermittelt werden. Die wichtigsten Feststellungen und Erkenntnisse sollen hier in der Barnimer Bürgerpost in Form einer Beitragsserie bekannt gegeben werden. Der erste Artikel behandelte die untersuchten Angaben zu den Regenwürmern. Im nachfolgenden Beitrag wird auf die Untersuchungsmethode näher eingegangen, so daß sie von interessierten Gärtnern oder Landwirten nachgemacht werden kann.

### Wie zählen wir die Bodentiere?

Nach der politischen Wende 1990 besuchte ich (Kurt Kretschmann) die NABU-Akademie »Gut Sunder« am Rande der Lüneburger Heide und nahm an einem Lehrgang für Naturschutz teil. Im Vortragssaal hing ein Plakat an einer Wand, daß mich interessierte. Es war eine Einschätzung, was auf 1 m<sup>2</sup> in der oberen Bodenschicht lebt: Bis zu 60 Billionen Bakterien, zehn Milliarden Strahlenpilze, eine Milliarde andere Pilze, 500 Millionen andere Einzeller, zehn Millionen Fadenwürmer, eine Million Algen, 100.000 Springschwänze, 25.000 weiße Würmer, 200 Regenwürmer, 200 Tausendfüßer und 200 Fliegenlarven.

Nach meiner Rückkehr an meinen Wohnort Bad Freienwalde sprach ich zunächst mit meiner Frau darüber. Diese Zahlen konnten wir uns nicht erklären. Sicher hatte man sie durch präzise Mikroskopuntersuchungen ermittelt. Doch das war eine fremde Welt für uns. Aber irgend etwas Wahres mußte daran sein, sonst hätte man sie nicht so auffällig bekannt gemacht. So legten wir sie erst einmal beiseite. Dann, ein paar Jahre später, fielen mir diese Aufzeichnungen wieder in die Hände.

Doch nun will ich erst kurz unseren Mulchgarten erläutern, den wir seit 15 Jahren betreiben. Mit dem Mulchen begannen wir, als nach 1990 die Wasserpreise explodierten. Deshalb bedeckten wir den Boden, wofür wir mit der Sense gemähtes Gras ebenso wie Kräuter und im Spätherbst Laub verwendeten. Auf diese Weise wird das Austrocknen des Bodens durch Sonne und Wind verhindert. Das wirkt sich außerordentlich positiv auf die Entwicklung

des Bodenlebens aus und macht den Einsatz von Mineraldünger, Kompost und tierischen Mist überflüssig. Auch Pestizide (Gifte) entfallen völlig. Die Erde bleibt feucht und kühl und man erreicht sensationelle Ergebnisse hinsichtlich der Ernte in Qualität, Geschmack, Lagerfähigkeit und Menge. Das Buch »Mulch total – Der Garten der Zukunft« informiert über dieses Prinzip. Der Mulchgarten in Bad Freienwalde, Berliner Straße 24, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Das tierische Leben im Boden ist die Voraussetzung für die Humusbildung und die natürliche Bodenfruchtbarkeit.

Nachdem wir Mitte der 90er Jahre mehrmals die vorkommenden Regenwürmer gezählt hatten, begannen wir 1998 mit den systematischen Bodenuntersuchungen

Dabei werden nicht die Nährstoffe im Boden ermittelt sondern der Tierbestand, soweit er noch mit den Augen erkennbar ist. Dazu benötigt man folgendes Werkzeug: Ein Brettstück, 20 x 20 cm sowie einen Holzkasten mit Tragegurt, dessen Innenraum 20 cm breit, lang und hoch ist. Er gewährleistet, daß immer die gleiche Menge an Erde untersucht wird. Dieser Kasten ist seinem Volumen nach Einfünfundzwanzigstel eines Quadratmeters mit 20 cm Mächtigkeit.

Darüber hinaus brauchen wir einen Zollstock, 2 Messer in verschiedener Länge, 2 Eimer und ein größeres, weißes Brett, etwa 40 x 50 cm groß. Die in kleinen Portionen darauf geschüttete Erde läßt selbst etwa 1 mm große Bodentiere noch gut erkennen. An den Untersuchungen sollten sich immer 2 Personen beteiligen. Einer sucht die Bodentiere, während der zweite die Ergebnisse aufschreibt. Findet man zehn Regenwürmer, so sind daß auf einen Quadratmeter übertragen 250 Stück. Daß man die Bodentiere kennt, gehört natürlich mit zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit. Deshalb verweisen wir nachher auf die entsprechende Literatur zu den Bodentieren, die man im Buchhandel erwerben kann.

### Wie läuft die Untersuchung ab?

Für eine gründliche Untersuchung planen wir 8 bis 10 Stunden an Zeit ein. Wir beschreiben zuerst Ort und Zeit sowie die Wetterlage. Mit dem 20 x 20 cm großen Brettstück und dem großen Messer markieren wir die Stelle, wo wir das Material entnehmen wollen. Ist



Eine Handvoll Mulchmaterial enthält eine erstaunliche Vielfalt und Anzahl an Bodentieren.

eine Mulchschicht vorhanden, entnimmt man sie mit den Händen und tut sie in den Eimer. Mit dem Zollstock wird die Höhe der Mulchschicht vermessen. Zur Aufnahme der Erde dient, wie oben beschrieben der Holzkasten.

Für die Untersuchung schütten wir 2 oder 3 Hände voll Mulchmaterial oder Erde auf das weiße 40 x 50 cm große Brett. Das Mulchmaterial untersuchen wir mit der Hand auf vorkommende Bodenlebewesen. Die Erde wird dagegen mit einem Messer flach ausgebreitet und zerteilt.

Gemeinsam mit Daniel Fischer konnte ich während seines Praktikums spannende Ergebnisse über die Vielfalt und die Anzahl der Bodenorganismen erzielen. Die Bodenuntersuchungen beschränken sich hierbei nicht nur auf den Freienwalder Mulchgarten, sondern umfassen auch andere private Gärten und sogar landwirtschaftliche Flächen (BBP 12/2004).

### Die verwendete Literatur

Für die Vorbereitung der Untersuchung ist es wichtig, sich mit Literatur über das Bodenleben auseinander zu setzen. Auf diese Weise erhalten wir ein Verständnis dafür, welche verschiedenen Lebensformen in dem Boden unter unseren Füßen existieren und wie wir sie zuordnen können. Empfehlen möchten wir hierbei die Bücher »Tiere im Boden« von Wolfram Dunger, das 1983 in dem A. Ziemsen Verlag erschienen ist und 280 Seiten umfasst und »Alles über Regenwürmer« von Ursula Meinhardt, das 1986 vom Kosmos-Franckh-Verlag mit 72 Seiten herausgegeben wurde. Außerdem gibt es ein umfassendes Buch von dem Regenwurmspezialisten, Otto Graff, das wir an dieser Stelle ebenfalls erwähnen möchten.



Mit den einfachsten Gerätschaften ist es möglich, die Bodenuntersuchungen im eigenen Garten nachzuvollziehen.

Tauschringe:

## Alternative zum Kapitalismus oder Elendsverwaltung?

Teil 4: Wert, Mehrwert und Zins

Im vorigen Teil stellten wir fest, wie sehr die Theorien von Silvio Gesell zu »Schwundgeld« und »Zinsknechtschaft« dem ökonomischen Blickwinkel eines kleinen Warenproduzenten entspricht. Die illusionären Sehnsüchte nach einer vorkapitalistischen einfachen Warenproduktion spiegeln sich in der Forderung nach einer »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« wider. Dabei wird ignoriert, daß auch die heutigen Kleinproduzenten Bestandteil des kapitalistischen Verwertungsprozesses sind und ihr Handeln von den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie bestimmt wird. Auch wenn ihr Bewußtsein der Formel der einfachen Warenproduktion Ware-Geld-Ware verhaftet bleibt, handeln sie real nach den Zwängen der kapitalistisch bestimmten Tauschformel Geld-Ware-Geld.

Auch für den Kleinproduzenten beginnt der Produktionskreislauf mit Geld, das er in Werkzeug und Maschinen sowie in das Rohmaterial, das er für seine Produktion benötigt, investiert. Seine somit zu Kapital gewordenen Investitionen entsprechen dem Wert der Investitionsgütern, die er als Ware auf dem Markt erworben hat, und damit der in diesen Waren vergegenständlichten Arbeit. Dieser bereits vergegenständlichten Arbeit fügt unser Kleinunternehmer im Produktionsprozeß seine eigene Arbeit hinzu. Aus beidem ergibt sich der Wert der von ihm produzierten Ware. Im Idealfall stellt sich für den Kleinunternehmer jener durch die eigene Arbeit hinzugefügte Wert als Gewinn dar. Das Finanzamt denkt genauso und belegt diesen hinzugefügten Wert mit der sogenannten Mehrwertsteuer.

Der hier besteuerte »Mehrwert« hat allerdings nichts mit dem Mehrwert im Marxschen Sinne zu tun, der nichts weiter als die spezifisch kapitalistische Form des Mehrprodukts ist. Aus dem bei erfolgreichem Tausch (Verkauf) realisierten Wert seiner Ware muß unser Kleinunternehmer nicht nur Werkzeuge, Maschinen und Rohmaterial refinanzieren, sondern auch die notwendigen Lebensmittel zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft erwerben. Erst der darüber hinaus gehende Teil seines Gewinns ist tatsächliches Mehrprodukt.

Die Crux unseres Kleinunternehmers ist, daß er über dieses Mehrprodukt nur in den seltensten Fällen tatsächlich in voller Höhe verfügen kann. Neben den steuerlichen Abzügen müssen viele Kleinproduzenten verkraften, daß aufgrund ihrer gegenüber der Großindustrie niedrigeren Produktivität der Mehrproduktanteil ohnehin niedriger ausfällt. Zur Belastung wird das aber vor allem dann, wenn der Kleinunternehmer zur Finanzierung seiner Produktionsmittel auf fremdes Geld angewiesen ist. Allzuoft schmälern die daraus erwachsenen Zinsverpflichtungen das Mehrpro-

dukt vollends. Nicht selten geht es den Kleinproduzenten derart an den Kragen, daß selbst von dem zur eigenen Reproduktion notwendigen Gewinnanteil kaum etwas übrig bleibt.

Kein Wunder, wenn hier »Zinsknechtschaftstheorien« auf fruchtbaren Boden fallen. Der sich gegenüber dem Lohnarbeiter in einer privilegierten Situation wählende Kleinunternehmer sieht sich plötzlich in einer viel prekäreren Situation. Paradox wird das dann, wenn der selbst arbeitende Kleinunternehmer noch Lohnarbeiter angestellt hat.

Diese Lohnarbeiter genießen gegenüber ihrem Chef das Privileg, daß ihm die zur eigenen Reproduktion notwendigen Mittel per Arbeitsvertrag zugesichert sind. Indem er seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt (verkauft), hat er Anspruch auf den Lohn, der normalerweise dem Tauschwert der Ware Arbeitskraft entspricht, in dem sich wiederum all die Warenwerte darstellen, die der Arbeiter zum Zwecke der Arbeitskraftreproduktion konsumiert (Essen, Wohnen, Urlaub, Bildung, Kinderaufzucht usw.).

Was die Eigenarbeit des Kleinunternehmers verschleiert, kommt beim Lohnarbeiter klar zum Vorschein. In das von ihm hergestellte Produkt fließt wie gehabt der Wert der vorfinanzierten Produktionsmittel ein. Marx nennt dies konstantes Kapital, weil dessen Wert sich in seiner Quantität durch den Produktionsprozeß nicht ändert. Der Wert der vorfinanzierten Arbeitskraft findet sich als »variables Kapital« im Wert des Endproduktes wieder. Variabel ist dieses Kapital, weil die menschliche Arbeitskraft die wunderbare Eigenschaft besitzt, mehr Wert produzieren zu können, als in ihr selbst vergegenständlicht ist. Die produzierte Ware enthält also den Wert des verbrauchten konstanten Kapitals, den Wert des verbrauchten variablen Kapitals (den Wert der in der Produktion verkonsumierten Arbeitskraft) und den von der Arbeitskraft darüber hinaus produzierten Wert – den MEHRWERT.

Dieser Mehrwert ist die Quelle des Reichtums im Kapitalismus. Die Aneignung des Mehrwertes als der spezifisch kapitalistischen Form des Mehrproduktes erfolgt nicht wie in früheren Gesellschaften durch Raub oder feudale Zwangsabgaben. Der Mehrwert ist an das in den Produktionsprozeß geworfene Geld gebunden. Durch den Erwerb der Produktionsmittel verwandelte sich ein Teil in konstantes Kapital, das für die nötige Arbeitskraft verwendete Geld verwandelte sich in das variable Kapital. Der Geldeigentümer wurde Kapitaleigentümer. Die früheren Besitzer sowohl der Produktionsmittel als auch der Arbeitskraft haben alle Rechte an den neuen Eigentümer abgetreten, der sich dementsprechend völlig si-

cher sein kann, daß ihm auch der Mehrwert legitim zusteht. Das für den Produktionsprozeß in Kapital verwandelte Geld hat sich also nach Beendigung des gesamten Zirkulationsprozesses, zu dem schließlich noch die Realisierung des Warenwertes auf dem Markt gehört, in seiner Quantität verändert. Aus Geld ist mehr Geld geworden (Geld – Ware – mehr Geld).

Aber nicht dadurch, daß das Geld in irgendeiner Schatzkammer »gehörtet« wurde, sondern indem es den Produktionsprozeß durchlief. In der Profitform erscheint der Mehrwert nicht mehr als Resultat der Vernutzung der Arbeitskraft, sondern nur noch bezogen auf das eingesetzte Gesamtkapital. Vom Prinzip her macht es dabei keinen Unterschied, ob das Geld dem Unternehmer selbst gehört oder ob er sich das Geld auf dem Kapitalmarkt leiht. Den Unterschied merkt nur der Unternehmer selber, der vom produzierten Mehrwert, der sich ihm als Profit darstellt, auch dem nicht an der Organisation der Produktion beteiligten Geldgeber abgeben muß. Denn auch das geliehene Geld hat ja nach den Gesetzen der kapitalistischen Ökonomie Anspruch darauf, nach dem Durchlauf des Produktionsprozesses »mehr Geld« zu sein. Dieser für das Leihkapital legitime Anspruch wird durch den Zins realisiert. Dabei ist die Höhe des Zinses durchaus nicht so willkürlich, wie es Silvio Gesell in seiner »Zinsknechtschaftslehre« darstellt. Völliger Unsinn ist die von Peter Spangenberg wiedergegebene These, wonach das »Horten von verzinsbarem Geld« eine »totale Geldknappheit« erzeuge und so die Zinsen in die Höhe treibe (vgl. Teil 2 in BBP 11/2004). »Gehortetes« Geld bringt gar keine Zinsen. Selbst wenn der verborgte Teil des Geldes überdurchschnittliche Zinsen heckt, bliebe die Gesamtverzinsung für den Geldbesitzer auf niedrigem Niveau.

Das allgemeine Zinsniveau wird vielmehr von der durchschnittlichen oder allgemeinen Profitrate bestimmt, die sich aus dem Verhältnis des gesamtgesellschaftlichen Mehrwertes zur gesamtgesellschaftlich eingesetzten Kapitalmenge ergibt. Zweck des geliehenen Kapitals ist derselbe wie der des eigenen Kapitals, nämlich die Erzielung von Profit. »Der Borger borgt das Geld als Kapital, als sich verwertenden Wert.« (K. Marx, Kapital III. Band, S. 386) Der Verleiher erhält als Preis für den Gebrauchswert des verliehenen Kapitals einen Teil des vom Borger mit dem geborgten Kapital erzielten Profites. Dieser Preis des Gebrauchswertes des Kapitals, welcher ausschließlich darin besteht, bei der Verwertung Profit zu erzielen, heißt Zins. Als Maß für die Höhe der Zinsrate kann nur die allgemeine Profitrate fungieren, nicht aber die im Einzelfall realisierte. Denn das als »gesichtsloses«

anonymes Kapital fungierende Leihkapital hat keinerlei Verbindung zum einzelnen konkreten Verwertungsakt.

**K**leinstunternehmer haben diese Verbindung zum konkreten Verwertungsakt. Deren Probleme liegen nicht am geringen Eigenkapital, weswegen sie sich für ihre Produktion Geldkapital borgen müssen. Auch, daß sie für dieses geborgte Geld Zinsen zahlen müssen, die sich an der allgemeinen Profitrate orientieren, kann nicht das eigentliche Problem sein. Probleme haben solche Kleinbetriebe vielmehr immer dann, wenn die von ihnen realisierte Profitrate infolge niedriger Effektivität ihrer Produktion unter der allgemeinen Profitrate bleibt. Schlimm wird es, wenn die Profitrate gar unter der Zinsrate liegt. Dann stellt sich ihnen das Verhältnis zu ihren Geldgebern tatsächlich als »Zinsknechtschaft« dar. Das entspricht den Regeln einer »Marktwirtschaft«, die nichts anderes ist als ein Synonym für Kapitalismus. Eine Gesellschaft, in der die Produktion einzig dem Zweck dient, aus der Verwertung von Arbeitskraft Mehrwert in Form von Profit zu erzielen, muß jede Produktion ohne Profit erbarmungslos ausmerzen.

Der Gesellsche Ruf nach einer »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus«, was nichts anderes heißt als ein »Kapitalismus ohne Kapitalismus« ist schon vom Wortsinn her Unsinn. Der in »Zinsknechtschaft« geratene Kleinunternehmer erfährt lediglich am eigenen Leibe, daß er als (Klein)Kapitalist »ausgemerzt« wird. Selbst wenn er seinen Kleinbetrieb aufrechterhalten kann, fällt er faktisch in den Status eines Lohnarbeiters, ohne allerdings dessen rechtliche Stellung zu haben. Wie der Lohnarbeiter einer »Ich-AG« bleibt er formal »Kapitalist«, dabei gehört all sein Kapital längst dem Geldverleiher, der somit auch legitimerweise sämtlichen Mehrwert abschöpft.

Im Gegensatz zu der Auffassung von Silvio Gesell, Peter Spangenberg und Dominique Voigt handelt es sich hier aber nicht um die Zerstörung der kapitalistischen Ökonomie. Vielmehr wandelt sich das familiäre Verhältnis zwischen Kleinkapitalist und seinem Arbeiter in das nackte und kalte Verhältnis zwischen anonymem Kapital und dessen Verwertung durch die Vernutzung lebendiger Arbeit. Die Gesell-Anhänger wollen die illusorische Rückführung des nackten Kapitalverhältnisses in den familiären Mantel des Kleinkapitalisten. Stattdessen notwendig ist die Aufhebung aller Kapitalverhältnisse.

GERD MARKMANN

Ausführlicher und genauer beschrieben sind die Kategorien Mehrwert, Profit und Zins in K. Marx: Das Kapital, Erstes Buch »Der Produktionsprozeß des Kapitals, Dritter bis Siebenter Abschnitt und Drittes Buch »Der Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion«, Erster, Zweiter und Fünfter Abschnitt.

Nach dem theoretischen Ausflug in die Kritik der Politischen Ökonomie kehren wir im fünften Teil unserer Artikelserie auf den Ausgangspunkt zurück.

## Die Primaten

Mit Arbeit hat sich der Mensch aus dem Affen entwickelt. Arbeit gibt unserem Leben Sinn und fördert unseren Verstand. Bei Arbeit handelt es sich um Beschäftigungen deren Produkt schon im Kopf vorbereitet ist. Damit überhaupt heute etwas Vernünftiges entsteht, muß man gemeinsam arbeiten, sozusagen die Arbeit teilen und denken. Was eine gewisse Kommunikation über die gemeinsamen Ziele und ein bißchen Kopfarbeit unterstellt.

Manche behaupten nun, daß am Anfang das Wort und die Schrift gewesen wären. Sonst könne das nicht gehen mit der Kommunikation. Aber das kann schon deshalb nicht stimmen, weil unsere Vorfahren Worte erst mit der Arbeitsteilung benötigt haben. Wer nicht arbeitet, der braucht auch keine Worte. Wer alleine, sozusagen nur für sich produziert, der braucht auch nicht zu sprechen. Worüber sollte er denn auch mit wem reden? Wenn man komplizierte Sachen herstellt und tauschen will, also Waren auf Vorrat fabriziert, muß man auch kommunizieren. Wie soll man denn sonst seine Waren anpreisen und über den Preis feilschen? Diejenigen, die sich nicht alles merken konnten und auch diejenigen, die ab und an betrogen wurden, haben dann die Schrift erfunden. So ergibt die Entwicklung der Sprache und der Schrift einen ganz profanen Sinn.

Also wer hats erfunden? Die Produzenten, heute Arbeitnehmer genannt, haben die Spra-

che und die Schrift erfunden. So war das. Am Anfang war die Arbeit und dann kam das Wort.

Wie schon gesagt, in unserer schönen Bundesrepublik glauben die meisten Leute, daß am Anfang das Wort und die Schrift gewesen wären. Unsere Kultur sei zuzusagen vom Himmel gefallen. Sie wäre ein Geschenk des Herrn. Die Hüter der Sprache und der Kunst, die Lenker des Staates seien etwas Besonderes. Damit die Leute das erste Gebot nicht vergessen, müssen sie ab und an in die Kirche gehen. Weil fast alle daran glauben, könne es gar nicht anders sein. Man nennt es heute das Primat der Politik. Die Primaten haben ein Primat. Die Politik hat den Vorrang vor der Produktion. Das ist fast so, als ob man sich etwas wünscht, und der Weihnachtsmann erfüllt den Wunsch sogleich.

Natürlich ist dieser wunderliche Glaube kein Selbstzweck. Er dient einzig der Bereicherung der Vermittler, Verwalter und »Kulturschaffer«. Diese armen und geplagten Leutchen müssen sich für uns aufopfern. Tag und Nacht müssen sie neue Worte erfinden, unsere Wünsche ausdenken und sind überhaupt für alles verantwortlich. Als Primat hat man es nicht leicht und bekommt kaum etwas für seine Anstrengungen. Darüber hinaus ist man ständig im Streß, um die Tatsachen zu vernebeln.

Dr. MANFRED PFAFF

## »Milchmädchenrechnung«

Die Kernaussage des Leserbriefes »Weniger Benzinverbrauch« von Uwe Mundt\* war, daß er einen Millionen Euro teuren Ausbau der Telekomstraße braucht, um ein paar Liter Diesel einzusparen. Dazu zieht er falsche Werte bei den Jahresarbeitstagen an, um den Verbrauch seines PKWs überhöht vorzurechnen. Es ist einfach eine Milchmädchenrechnung, die er aufgemacht und die auf Dummenfang abzielt.

Das Thema jedes verantwortungsbewußten Regionalplaners ist es nicht, für eine Handvoll Berufspendler den kürzesten Weg zu finden und dafür Straßen zu bauen. Eine Straßennetzplanung stellt immer eine Optimierung von Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit dar. Im Barnim gibt es die B2 oder die BAB 11, die den Verkehr in diesem Bereich sichern. Die Telekomstraße L 293 hat keine Bedeutung. Eine Entwidmung der seit 50 Jahren gesperrten L 293 ist in Übereinstimmung mit den Zielen und der Raumordnung und des Umweltschutzes gegeben. Nach Landesaussagen wird die Straße L 293 nicht mehr benötigt, weil kein nachweisbarer Bedarf besteht.

Da Herr Mundt auch an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß denkt, gibt es Empfehlungen des ADAC wie man bis zu 20 % Kraftstoff beim Fahren sparen kann. Als Finowfurter Bürger kann er auch direkt gegen die jetzigen Ausbauvorstellungen des Flugplatzes Finow zum geplanten Ergän-

zungsflughafen für Berlin-Schönefeld auftreten. Er kann mit dazu beitragen die CO<sub>2</sub>-Immissionen und Schadstoffe zu verhindern, die dann mit mehrmotorigen Geschäfts- und Frachtflugzeugen sowie Linien- und Tourismusflugverkehr mit 85 Tonnen Abflugmassen über Finowfurt abgeladen werden sollen.

Was Vizelandrat Bockhardt angeht, sieht dieser den LKW-tauglichen Ausbau der Telekomstraße im Zusammenhang mit dem Flughafen Finow. Deshalb kungelt Carsten Bockhardt noch, um die Finanzierung zu sichern und glaubt den neuen Staatssekretär Dellmann beim Telekomstraßenausbau mit Zusagen einer Förderungsunterstützung durch Landesmitteln mit im Boot zu haben. Da der Kreis keine Investpauschalen mehr an die Gemeinden verteilen kann, ist die ehemals vorgesehene Finanzierungsquelle weggefallen. Der Kreis hat nur noch Beteiligungsmöglichkeiten für Baumaßnahmen an Kreisstraßen und damit ein Problem. Dies versucht er auf Kosten der Bürger in den Kommunen zu lösen. Inwieweit Bürger und Abgeordnete in den Kommunen bereit sind, für die seit über ein Jahrzehnt andauernden Flughafenillusionen und jetzt für eine Erschließungsstraße zu zahlen bleibt abzuwarten.

THOMAS GILLES

\* Leserbrief von Uwe Mundt (MOZ, 10.12.2004)

# »Den ganzen Tag sitzen und zeichnen«

Dem Eberswalder Maler Siegfried Kersten zum Hundertsten

Am 27. Dezember 2004 wäre Siegfried Kersten 100 geworden. Fast vierzig Jahre, bis zu seinem Tode am 23. Juli 1998 lebte – und malte – er in Eberswalde. Ja, das Malen war sein Leben.

»Gezeichnet hat er schon immer gern«, erzählt seine Frau. »Er hatte immer etwas dabei, ein Taschenbuch oder so, in das er gezeichnet hat. Es gab keinen Kalender, keinen Briefumschlag, den er nicht verziert hatte. Sozusagen überall, wo eine freie Fläche war, hat er gemalt. Nach Versammlungen und Konferenzen war dann hinterher das ganze Heft voll. Selbst wenn er im Zug unterwegs war, hat er gezeichnet. Die Leute die ihm gegenüber saßen, hat er dann so schnell mal skizziert.« Christel Kersten, eine agile Mittachtzigerin, die noch heute in Eberswalde lebt, kramt in den mit Mappen voller Zeichnungen vollgestopften Regalen. Sie legt schließlich ein paar alte Hefte auf den Tisch. Da sieht man die Leute, wie sie dem Künstler gegenüber im Eisenbahnwaggon saßen: die pralle Frau, ihren schlafenden Kopf gegen die Fensterscheibe gelehnt, der steif da sitzende dürre alte Herr, der kleine spielende Junge...

Als Siegfried Kersten Ende des Jahres 1904 das Licht der Welt erblickte, war ihm keineswegs in die Wiege gelegt, daß er sich seiner schon früh hervorbrechenden Lust am Zeichnen auch wirklich hingeben kann. Schon als Kind verlor er den Vater. Krieg und Inflation brachten Not über die Familie. Nach der Lehre als Getreidekaufmann kamen bittere Jahre der Arbeitslosigkeit. Schließlich bekam er in Tantow/Uckermark (20 km nördlich von Schwedt) eine Stelle bei der Raiffeisen-Genossenschaft. Er brachte es bis zum Leiter der dortigen Filiale und war viele Jahre verantwortlich für den An- und Verkauf von Getreide und Futtermitteln sowie der Versorgung der Bauern der Umgebung mit Düngemitteln, Brennstoffen usw.

Der für die Ernährung der Bevölkerung wichtige Posten bewahrte ihn davor, als Soldat in Hitlers Krieg zu müssen. Allerdings war er da schon als Christ in Konflikt mit der faschistischen Ideologie gekommen. Die Nazis sperrten ihn zeitweise in die Psychiatrie und entließen ihn als Zwangssterilisierten. Obwohl das zu DDR-Zeiten ein Tabu-Thema war, wurde er später als Verfolger des Naziregimes anerkannt. Die rechtliche Rehabilitierung erfolgte erst Ende der 90er Jahre.

Bis Kriegsende blieb er Leiter der Raiffeisen-Filiale in Tantow. Obwohl er nie Soldat gewesen war, geriet Siegfried Kersten Ende April 1945, als die Rote Armee nach schweren Kämpfen Tantow besetzte, in Kriegsgefangenschaft. Wegen seiner Lederjacke und der damals für Motorradfahrer üblichen ledernen

die sowjetischen Soldaten wohl für einen Piloten und nahmen ihn mit. Erst nach zwei Jahren kam er aus der Gefangenschaft zurück und erfuhr von der Not, die inzwischen seine Frau und die Kinder durchmachen mußten.

Zunächst arbeitete er wieder bei Raiffeisen in Tantow. Allerdings nicht mehr als Leiter, sondern als einfacher Arbeiter. Später war er in Staffelde (bei Mescherin, 10 km östlich von Tantow) am Aufbau eines Volksgutes vornehmlich für Umsiedler beteiligt.

Bis in Tantow ein Zeichenlehrer gesucht wurde. Also wurde er Neulehrer und konnte endlich seinen Drang zum Zeichnen entfalten. Von Angermünde aus, inzwischen hatte er sich von seiner Frau getrennt, wurde er 1958 für ein Jahr zur Ausbildung als Kunsterzieher an das Pädagogische Institut nach Erfurt geschickt. Zuvor hatte er Christel, seine neue Liebe, geheiratet. Sie war ebenfalls Lehrerin und unterrichtete an der Gehörlosenhilfsschule



Das alte Gaswerk in Eberswalde, Rohrfederzeichnung, 1960.

in Eberswalde. Nach dem Studium in Erfurt unterrichtete Siegfried Kersten noch ein Jahr an der Erweiterten Oberschule (EOS) in Angermünde, bevor er 1960 als Zeichenlehrer zur Gehörlosenhilfsschule kam. Zahlreiche Bilder vom damaligen Schulgelände in Macherslust belegen diese Zeit. Auch ein Heft mit Abbildungen der Zeichen der Gebärdensprache legt Frau Kersten auf den Tisch.

Als Zeichenlehrer und Zirkelleiter steckte Siegfried Kersten viele seiner Schüler mit seiner Liebe zum Malen und Gestalten an. »Es war Mitte der 90er Jahre«, erzählt Frau Kersten, »während einer Ausstellung meines Mannes in der EFI (Eberswalde-Finow-Information), damals noch im Pavillon auf dem Pavillon-Platz, da sprach ihn plötzlich ein Mann an, der war in Angermünde sein Schüler gewesen. Sie sind sich beide um den Hals gefallen.« Dieser Schüler, so stellte sich heraus, war jener Künstler, der die weltgrößte Taschenuhr, die jetzt im Familiengarten steht, geschaffen hatte.

»Mein Mann hatte ihm damals in dem Angermünder Malzirkel gesagt: 'Mach weiter Junge, du kannst was. Mach weiter.' Das hat ihm den Ansporn gegeben.«

Nach seiner Lehrtätigkeit widmete er sich vollständig der Malerei. Der Garten, gleich in der Nähe der Wohnung, wurde ihm seit den 70er Jahren Quelle neuer Inspiration und den ganzen Sommer über Arbeitsort. Zugleich war Siegfried Kersten bis ins hohe Alter gern und viel auf Reisen, was die vielen Mappen mit Städte- und Reisebildern belegen.

Bei all der Produktivität, die er entfaltete und die sich in hunderten Aquarellen, Ölbildern, Linolschnitten, Kohle- und Bleistiftzeichnungen dokumentiert, blieb ihm der große Ruhm verwehrt. Zu DDR-Zeiten kam er bei den Oberen der Stadt nicht so richtig an. »Er war aber auch nicht der Mensch«, sagt seine Frau, »der sofort überall die Fäden ziehen konnte. Dazu war er viel zu bescheiden. Er verschenkte seine Bilder viel lieber, ehe er Geld annahm.«

So kam es, daß es erst im Jahr 1995 die erste offizielle Kersten-Ausstellung gab. Der Kulturbund zeigte damals Bilder mit Eberswalder Motiven. Ein Jahr später beteiligte sich Siegfried Kersten an dem Mal- und Zeichenwettbewerb zum 250. Jubiläum des Finowkanals. Andreas Bogdain vom »Mühle«-Kunstverein, der damals als Mitarbeiter des Stadtmuseums die eingereichten Werke sichtete, war derart überrascht vom Schaffensreichtum Siegfried Kerstens, daß sich daraus eine rege Zusammenarbeit ergab. So

konnte der Künstler in seinen letzten Lebensjahren doch noch erleben, daß seine Bilder der Öffentlichkeit gezeigt werden, darunter zweimal beim Mühlenverein in der Zainhammer Mühle.

Die Natur ist so reich an Motiven, daß man den ganzen Tag sitzen und zeichnen könnte.« Siegfried Kersten war seinem Ideal nahe. Noch auf dem Sterbebett zeichnete er Porträts von seinen Zimmergenossen.

Siegfried Kersten hat einen Schatz hinterlassen. Einen künstlerischen Reichtum, der im kulturellen Erbe der Stadt Eberswalde einen bedeutenden Platz einnimmt.

GERD MARKMANN

Herzlichen Dank an Frau Christel Kersten, die bereitwillig Auskunft erteilte und die Bilder ihres Mannes für den Abdruck zur Verfügung stellte. Dank auch an Werner Böttcher, der für den guten Kontakt sorgte und an Ellen Behring vom »Mühle e.V.«, die den Autor bei den Recherchen unterstützte.

Bürgerpost-Autoren 2004:

## Ein Schatz, der verpflichtet

Das dritte Jahr in Folge kann die »Barnimer Bürgerpost« auf eine dreistellige Zahl von Autoren verweisen. Genau 100 Autoren trugen in diesem Jahr zur inhaltlichen Vielfalt bei (2004: 105, 2003: 100). Es hat sich ein stabiler Autoren-Stamm herausgebildet, der einen beträchtlichen Teil der Leserinnen und Leser der »Barnimer Bürgerpost« repräsentiert. Manche schreiben regelmäßig in fast jeder Ausgabe, andere äußern sich nur alle paar Jahre. Grad wie's einer »Leserzeitung« entspricht. Das ist ein Schatz, der Verein und Redaktion verpflichtet.

Wir danken für ihre Textbeiträge:

Dr. Siegfried Adler, Martin Appel, Ellen Behring, Thomas Berg, Kurt Berus, Alexsandr Binder, Erich Bindig, Günter Blumensath, Friedhelm Boginski, Jochen Bona, Helmut Braunschweig, Lothar Danner, Sven Döring, Jürgen Elsässer, Dr. Dagmar Enkelmann, Danilo Feigel, Daniel Fischer, Ingrid Fischer, Ute Frey, Kurt Gempin, Thomas Gilles, Stephan Graupner, Erika Gründer, Dr. Mohamed Hamdali, Marcus Hammerschmidt, Heike Hasseloff, Waldemar Hickel, Kurt Hilker, Olaf Himmel, Ralf Hoppe, Bodo Ihrke, Ralf Jahnke, Kai Jahns, Christopher Kapitula, Dr. Manfred Klaus, Thorsten Kleinteich, Holger Kliche, Karl-Heinz Klöckner, Sebastian Knopf, André Koch, Birgit Köhnke, Ingeborg Kolodzeike, Kurt Kretschmann, Birgit Kühn, Lutz Kupitz, Karl-Dietrich Laffin, Andrea Lage, Lutz Landmann, Wilhelm Lange, Torsten Langgemach, Hartmut Lindner, Manfred Lorenz, Hardy Lux, Margitta Mächtigt, Dr. Bert Maciy, Johannes Madeja, Udo Markmann, Jens-Olaf Melzow, Bärbel Mierau, Dr. A. Molitor, Klaus Morgenstern, Wolfgang Müller, Ingo Naumann, Ramona Neumann, Karen Oehler, Reinhard Otto, Volker Passoke, Dr. Steffen Peltsch, Dr. Manfred Pfaff, Ilona Platner,

Wolfram Pfreundschuh, Bernd Pomraenke, Michael Preißel, Moïshe Postone, Christian Rehmer, Anne Resmer, Manuela Richter, Rolf Richter, Beatrice Röglin, Joachim Ronnger, Wolfgang Sachse, Dr. Hermann Scheer, Dörte Schmidt, Mario Schmidt, Hartwin Schulz, Dr. Günther Spangenberg, Peter Spangenberg, Matthias Spittmann, Kordula Steinke, Helmut Sternberg, Andreas Sult, Frank Töpfer, Albrecht Triller, Andreas Trunschke, Dominique Voigt, Dr. Mathias Wedel, Tilo Weingardt, Reinhard Wienke, Gerhard Witt und Marianne Wendt. Im Interview äußerte sich Margitta Mächtigt.

Wie immer gilt der Dank von Verein und Redaktion auch allen, die durch ihre Mitarbeit bei der Produktion und dem Vertrieb sowie durch ihre finanziellen Zuwendungen das Erscheinen der »Barnimer Bürgerpost« ermöglichen.

Auch unser E-Mail-Forum entwickelte sich im vorigen weiter. Während anfangs redaktionelle Informationen dominierten, nutzen mittlerweile auch Leserinnen und Leser die Gelegenheit, schnelle Informationen loszuwerden. Mehrfach kamen auch kontroverse Diskussionen in Gang, die zum Teil auch in der Druckausgabe ihre Widerspiegelung fanden (Anmeldung für das BBP-Forum: einfach eine eMail an: [bbp-forum-subscribe@yahooougroups.de](mailto:bbp-forum-subscribe@yahooougroups.de)).

Für den Auf- und Ausbau unserer Internet-Präsenz (über eine Adresse verfügen wir schon seit ein paar Jahren) ist nach wie vor Hilfe erwünscht. Finanzielle Spenden und vor allem Angebote zur persönlichen Mitarbeit, ob als Autor, in der Redaktion oder im Vertrieb, sind darüber hinaus natürlich immer willkommen. Auch, damit die zahlreicher werdenden Armen mittels Sozialabo an unserer Kommunikation teilhaben können.

GERD MARKMANN  
(Redakteur der Barnimer Bürgerpost)

Flugplatz Finow:

## »Vollständig abgeschrieben«

**Eberswalde (bbp).** Die Geschäftsanteile der stadteigenen Technischen Werke Eberswalde GmbH (TWE) an der Errichtergesellschaft Flughafen Finow mbH und der Betriebsführungsgesellschaft Flughafen Finow mbH in Höhe von jeweils 12.500 DM sind endgültig verloren. Was in der BBP 12/2004 noch als Vermutung ausgesprochen wurde, hat Bürgermeister Schulz in seiner Antwort auf eine Anfrage des Stadtverordneten Gerd Markmann nunmehr bestätigt. »Die Löschungen der Gesellschaften durch das Handelsregistergericht«, heißt es in der Antwort, »erfolgten wegen Vermögenslosigkeit von Amts wegen ... Der Wertansatz, der aus der Beteiligung der TWE

an den Gesellschaften herrührte, wurde seitens der TWE vollständig abgeschrieben.«

Zu den Gründen der Insolvenz und zur Frage, wofür die Stammeinlagen dieser Gesellschaften konkret verwendet wurden, teilte der Bürgermeister mit, »daß diese von hier aus nicht beantwortet werden können«. Der Fragesteller registrierte diese Antwort mit Verwunderung. »Das wirft weitere Fragen auf«, sagte er gegenüber der BBP. Die Stadt leiste sich extra einen Referenten für Beteiligungen, da sei doch zu erwarten, daß dieser zur Geschäftstätigkeit von Gesellschaften, an denen die Stadt direkt oder indirekt beteiligt ist, auskunftsfähig ist.

## Publizistische Grundsätze der Barnimer Bürgerpost

Nach dem Brandenburgischen Landespressgesetz (BpgPG) § 4 (1) ist jede Zeitung verpflichtet, »die vom Verleger beziehungsweise Herausgeber schriftlich aufgestellten publizistischen Grundsätze ... regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu veröffentlichen«. Die folgenden Publizistischen Grundsätze der »Barnimer Bürgerpost« wurden auf der Mitgliederversammlung des Herausgebervereins am 25. März 1998 bestätigt:

### 1.

Ziel der publizistischen Tätigkeit der »Barnimer Bürgerpost« ist, aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim mitzuwirken und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern. Angesprochen werden souveräne Bürgerinnen und Bürger, deren Selbstbestimmtheit und Selbstbewußtsein die »Barnimer Bürgerpost« ein Podium geben will.

### 2.

Der Inhalt der »Barnimer Bürgerpost« wird von ihren Leserinnen und Lesern bestimmt. Die Arbeit der ehrenamtlichen Redaktion beschränkt sich in der Hauptsache auf das Zusammenstellen der Beiträge.

Der Herausgeberverein garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion. Weder der Verein noch Dritte haben das Recht der inhaltlichen Steuerung, der kommerziellen Anpassung oder sprachlichen Direktive.

### 3.

Jeder namentlich gekennzeichnete Beitrag wird unzensuriert und ohne Kommentar veröffentlicht. Grenzen werden allein vom zur Verfügung stehenden Platz gesetzt.

Keinen Raum in der »Barnimer Bürgerpost« haben rassistische, faschistische und gewaltverherrlichende Äußerungen.

### 4.

Die Berichterstattung insbesondere über die lokalen Geschehnisse, über die Entscheidungen und Sichtweisen in den kommunalen Parlamenten, erfolgt ohne besondere Rücksichten mit dem Anspruch, kritisch und frech (bei aller gebotenen Kritik aber auch fair) zu sein.

### 5.

Zum inhaltlichen Spektrum der »Barnimer Bürgerpost« gehören auch Beiträge zur Umwelt, zur Geschichte und Kultur.

## Unsere letzte Weihnachtsfeier

Verein »Alt Eberswalde« beendete seine Tätigkeit

Zu ihrer letzten Weihnachtsfeier trafen sich am 10. Dezember 2004 die Mitglieder von »Alt-Eberswalde« im Mehrzweckzentrum am Kupferhammer Weg. Sechs Männer und acht Frauen waren als Rest verblieben von einem Verein, der in vergangener Zeit noch eine Handwerker Gilde war. Die damals nur als Männern bestehende Mitgliederschar wurde nach und nach vom Tode ausgelöscht, blieb aber in unserem Ehrenbuch verewigt. Die Frauen, kamen später hinzu und schoben unser Ende noch einige Jahre hinaus. Wohl gab es Bemühungen um Nachwuchs, über die Presse und mit persönlichen Gesprächen, doch sie blieben letztlich mehr oder weniger vergebens.

Nun saßen wir im weihnachtlich geschmückten Raum und irgendwie war allen doch etwas wehe ums Herz wegen der Gewißheit, daß es ab dem 1. Januar 2005 keinen Verein »Alt Eberswalde« mehr geben würde. Wir kamen uns vor wie auf einem Schiff kurz

vor'm Versinken, auf dem die letzten Markentenderwaren freigegeben wurden. Von Torte, Pfefferkuchen, Kartoffelsalat mit Wiener, Kaffee, Wein, Bier bis hin zum Kräuterlikör war alles vorhanden. Unsere Vereinskasse war restlos gestürzt, so daß noch allerhand für den Nachhauseweg übrigblieb. Der Abschied vollzog sich schnell. Damit er ja nicht allzu schmerzhaft wurde.

Als Trost bleibt nur, daß sich zumindest einige aus der Männergarde irgendwann und irgendwo treffen werden, um das »Alt Eberswalder« Licht doch noch ein wenig weiterleuchten zu lassen, bis es sich endgültig in der Dunkelheit unseres Daseins verliert.

Ein besonderes Dankeschön gilt Herrn Werner Gersdorf für seine zwanzigjährige Arbeit als Vorsitzender sowie unseren Ältesten Gustav Palkow (94 Jahre), Kord Seefeld (84) und Gerd Obel (80) für ihre vorbildliche Tätigkeit.

KURT GEMPIN

## 30 Info-Tafeln entlang des Finowkanals

**Eberswalde (kag).** Die Kommunale Arbeitsgemeinschaft (KAG) Region Finowkanal verbucht einen neuen Erfolg. Touristen, Spaziergänger oder andere Erholungssuchende werden jetzt zielgerichteter und informativer ihren Weg entlang des Finowkanals von der Havel bis zur Oder beschreiten können, denn das tou-

ristische Informations- und Wegeleitsystem ist nun vollständig. Ortschronisten, Heimatvereine und Museen haben mitgewirkt, daß auf dreißig Informationstafeln alles wissenswerte anschaulich zusammengefaßt und dargestellt werden konnte. Der KAG gehören zur Zeit zehn Anrainergemeinden des Finowkanals an.

### Barnimer Bürgerpost

#### Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über den Postweg wird eine Versandkostenpauschale von 7 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle:  per Bankeinzug  per Rechnung

Kontonummer  Bank  Bankleitzahl

Name, Vorname  Straße, Hausnummer

PLZ, Ort  Datum, 1. Unterschrift Abonent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

**Coupon senden an:** Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde  
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

## AOK nicht für Behinderte

**Bernau (de/bbp).** In einer gemeinsamen Gesprächsrunde des Heimbeirates des Seniorenzentrums »Regine Hildebrandt«, den Gewerbetreibenden der Stadt Bernau und Dr. Dagmar Enkelmann am 8. Dezember 2004 gab es unter anderem auch Kritik am mangelnden Zugang für Behinderte, insbesondere Rollstuhlfahrer. Dagmar Enkelmann, Bernauer Stadtverordnete und Landtagsabgeordnete wandte sich daraufhin an den Vorstandsvorsitzenden der AOK Brandenburg Wolfgang Niebuhr.

»Unser Gebäude in Bernau«, antwortete Niebuhr, »das ist korrekt, bietet für Behinderte, insbesondere Rollstuhlfahrer, keinen barrieregerechten Zugang. Diese Situation ist auch für uns nicht zufriedenstellend. Allerdings haben wir hier so unverständlich das vielleicht auch sein mag die berechnete Interessenlage mit dem wirtschaftlichen Aufwand abzuwägen. Fakt ist, daß der Aufwand für eine behindertengerechte Umgestaltung des Eingangsbereiches, bedingt durch den architektonischen und baulichen Zustand des Gebäudes, mit unverhältnismäßig hohen und nicht vertretbaren Kosten verbunden wäre. Wir haben das bereits vor einigen Jahren intensiv geprüft und haben entschieden, keine baulichen Veränderungen vorzunehmen.« Für die gesetzlich vorgeschriebene »ortsnahe Beratung und Unterstützung behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen« stünde das AOKServiceCenter in Eberswalde zur Verfügung. »Unabhängig davon haben wir um die Situation für die Betroffenen in Bernau zu entschärfen am Eingang eine Klingel anbringen lassen.« Niebuhr schließt mit der Versicherung, daß »unsere Mitarbeiter/innen wissen, daß sie behinderte Kunden, die sich auf diese Weise bemerkbar machen, bevorzugt zu behandeln haben.«

## Impressum

**herausgeber:** Barnimer Bürgerpost e.V.

**anschrift:** Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

**telefon:** (0 33 34) 35 65 42

**telefax:** (0 18 05) 75 111 125 96

**e-mail:** bbp@telta.de

**bbpforum:** bbp-forum-subscribe@yahoogroups.de (für Abonnenten)

**redaktion:** Gerd Markmann

**fotografie:** Fischer (2), Markmann (2), Triller (2).

**druckerei:** PS-Verlag · (0 33 34) 21 26 00

**redaktionsschluß:** 1. Januar 2005

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 29.1.2005, 12 Uhr.